



Protokoll

der 21. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 26. Juni 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: *Raoul I. Furlano (LDP); Stefan Wittlin (SP); Lea Wirz (GAB); Brigitte Gysin (die Mitte/EVP); Salome Bessenich (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
3. Jahresrechnung 2023 und Rechnung 2023 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom und Mitbericht der BKK..... 4
4. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2023 des Regierungsrats 25



Beginn der 21. Sitzung

Mittwoch, 26. Juni 2024, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[26.06.24 09:00:22]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Hinweis Verabschiedung Margrit Rünzi: Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir morgen um 15 Uhr unsere Kaffeewirtin verabschiedet werden. Wenn Sie ihr eine persönliche Karte übergeben möchten, können Sie diese noch heute bei Beat Flury deponieren, auch morgen am Morgen geht das noch. Leere Karten stehen auf dem Tisch des Hauses zur Verfügung.

Anmeldung zur Grossratsreise vom 30. August: Diese Woche haben Sie noch Gelegenheit, sich anzumelden für die Grossratsreise, wenn das noch nicht geschehen ist. Danach werden wir die Zuteilungen vornehmen und Sie erhalten Ihr persönliches Programm im Juli noch. Ich freue mich schon sehr, mit Ihnen Bubendorf und unserem Nachbarkanton besuchen zu gehen.

Rathausführungen im Herbst Sie mögen sich auch daran erinnern, dass ich mal behauptet habe, dass viele Grossrätinnen und Grossräte noch nie auf dem Turm waren. Sie haben jetzt Gelegenheit, das zu ändern, und zwar wird es so sein, dass der Leiter der kantonalen Denkmalpflege, Dr. Daniel Schneller gemeinsam mit Dr. Martin Möhlin, dem Inventariseur Kunstdenkmäler des BVD, Führungen im Rathaus für Sie anbieten wird. Die Führungen finden jeweils mittags zwischen Grossratssitzungen statt. Eine Anmeldung ist erforderlich und Sie werden Gelegenheit haben, sich anzumelden in Reaktion auf ein Mail, das Ihnen der Parlamentsdienst heute oder morgen zustellen wird.

Und das waren die Mitteilungen. Wir kommen damit zur Tagesordnung.

David Jenny beantragt die Traktandierung einer Resolution. Der Entwurf wurde Ihnen aufgelegt. Wir diskutieren jetzt nur, ob der Resolutionsentwurf auf die Tagesordnung zu setzen ist. Die Redezeit beträgt dabei fünf Minuten. Am Schluss stimmen wir über die Traktandierung ab. Wird der Resolutionsentwurf auf die Tagesordnung gesetzt, kommt er heute Nachmittag auf die Liste. Es ist aber so, dass wir grosse Geschäfte haben heute und morgen. Es kann sein, dass wir mit einem Geschäft nicht fertig sind. Dann würden wir es zuerst fertig beraten und dann danach als erstes neues Traktandum halt vielleicht nicht mehr um 15 Uhr, sondern später auf die Resolution kommen.

Wir stimmen ab, ob die Resolution überhaupt auf die Tagesordnung zu setzen ist. Dafür ist ein einfaches Mehr erforderlich. Heute Nachmittag ist dann ein Zweidrittelmehr erforderlich. Gibt es Wortmeldungen?

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir schon zu den Abstimmungen.

Abstimmung

Traktandierung Resolution

JA heisst Traktandierung der Resolution, NEIN heisst keine Traktandierung.

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003758, 26.06.24 09:04:16]

Der Grosse Rat beschliesst

die Resolution zu traktandieren.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für Traktandierung entschieden mit 85 Ja-Stimmen gegen eine Neinstimme bei zwei Enthaltungen. Zur Tagesordnung liegt noch eine Wortmeldung von Eric Weber vor.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist relativ wichtig. Ich sage jetzt etwas als Grossrat, und dann kann keiner sagen von den Grossräten, er habe es nicht gewusst, und die Zeitungen können auch nicht sagen, sie hätten es nicht gewusst. In der Tagesordnung ist meiner Ansicht nach ein Fehler. Sie wissen, ich bin seit 1984 Grossrat und daher stelle ich gleich einen Antrag. Ich möchte gerne begründen. Ich habe einen Fehler in der Tagesordnung entdeckt, als alter Hase. Sie alle kennen sich in der Politik aus und daher muss ich jetzt keinen Grundkurs Politik geben. Ich bringe es auf den Punkt.

Ich kann genau in Zukunft vorausschauen. Wenn wir jetzt das Wahlrecht für die Ausländer einführen, dann gibt es im November eine Volksabstimmung dazu, zusammen mit dem zweiten Wahlgang Regierungsrat. Und dann wird dieser zweite Wahlgang Regierungsrat vollkommen verfälscht. Ich beantrage darum, dass wir das Thema Ausländerwahlrecht von der Tagesordnung nehmen, dass es nicht jetzt im Juni behandelt wird, sondern erst nach dem zweiten Wahlgang Regierungsrat. Stellen Sie sich vor, die Kandidatin der GLP sagt, sie sei gegen das Ausländerwahlrecht, Regierungsrätin Esther Keller ist gewählt. Sagt sie aber, sie sei für das Ausländerwahlrecht, dann wird der SVP-Mann gewählt. Es würde zu Verschiebungen führen, die nur wegen dem Ausländerwahlrecht eintreten würden. Daher muss geschaut werden, dass der zweite Wahlgang Regierungsrat ruhig über die Bühne geht.

Meine Damen und Herren, ich habe viele Nächte über den Antrag geschlafen. Es gibt einen zweiten Wahlgang Regierungsrat, da sind wir uns alle einig. Wenn der zusammengelegt wird mit dem Ausländerwahlrecht, dann herrscht einfach eine komische Situation, die ich als Bürger nicht möchte haben.

Ich begründe den Antrag. Wir haben schon oft Abstimmungen gehabt, Schweizer Abstimmungen, die die Massen an die Urne brachten, auch teilweise einseitig. Und wenn wir jetzt diese kantonale Abstimmung über das Ausländerwahlrecht zusammen mit dem zweiten Wahlgang Regierungsrat haben, dann gibt es nach meiner Ansicht Verschiebungen, und danach sind alle schlauer und sagen, ja, hätten wir das gewusst, bei diesen vielen Abstimmungen im November 2024, aber dann ist es zu spät. Jetzt ist es noch nicht zu spät. Handeln Sie, nehmen Sie es von der Tagesordnung. Ich bitte Sie, daher stehe ich Grossrat Eric Weber hier vorne und rede.

Ich weiss, ich habe Recht, ich weiss auch, dass mein Antrag nicht durchkommen wird, da ich scheinbar der Böse bin. Aber ich bin hoch anständig und ich mache Sie nur aufmerksam auf eine Komplikation oder wie man das auch immer in der Fachsprache nennen mag. Wenn es zur Abstimmung über Wahlrecht Ausländer kommt, dann wird es kochen. Ich meine, viele gehen dann wählen, die sich betroffen fühlen. Und es ist klar, dass diese dann auch den Zettel für den zweiten Wahlgang Regierungsrat ausfüllen werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber beantragt die Absetzung von Traktandum 9, Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht. Er beantragt, dieses Geschäft von der Tagesordnung abzusetzen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Absetzung Traktandum 9

JA heisst Absetzung Traktandum 9, NEIN heisst keine Absetzung von Traktandum 9.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 88 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003760, 26.06.24 09:09:47]

Der Grosse Rat beschliesst

Traktandum 9 nicht abzusetzen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es wurde 88 Mal Nein, einmal Ja bei keiner Enthaltung gestimmt. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung vor.

Wir kommen damit zur Traktandum 2, Entgegennahme der neuen Geschäfte. Zuweisungen. Es liegen keine Wortmeldungen vor.



Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der vom Büro vorgeschlagenen Zuweisung dieser Geschäfte einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

3. Jahresrechnung 2023 und Rechnung 2023 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom und Mitbericht der BKK

[26.06.24 09:10:27, 24.5229.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Zu diesem Geschäft begrüsse ich auf der Regierungsbank auch den Präsidenten des Gerichtsrats, Herrn Stephan Wullschleger.

Die Finanzkommission beantragt, die Jahresrechnung 2023 zu genehmigen. Ich gebe Ihnen den Ablauf der Beratung der Jahresrechnung bekannt. Zuerst erfolgt wie gewohnt eine allgemeine Debatte über den Bericht der Finanzkommission und die Jahresrechnung, in welcher zunächst der Präsident der Finanzkommission Joël Thüring das Wort erhält. Danach spricht die Präsidentin der BKK Franziska Roth, welche einen Bericht zu den kantonalen Museen präsentiert. Seitens der übrigen Sachkommissionen wurden keine weiteren Mitberichte verfasst. Nach den Kommissionen sprechen die Finanzdirektorin, der Vorsteher des Gerichtsrates, anschliessend die Fraktionen, je maximal zehn Minuten, und dann die Einzelvotierenden mit maximal fünf Minuten. Das erste Schlusswort zum Eintreten haben der Vorsitzende des Gerichtsrats, die Finanzdirektorin sowie die Präsidentin der BKK, und das letzte Schlusswort hat wieder der Präsident der Finanzkommission.

Nach dem Eintreten folgt eine departementsweise Beratung, das heisst, Sie können dann jeweils wieder Fraktionsvoten zu den einzelnen Departementen halten. Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des Grossratsbeschlusses, auf Seite 55 des Berichts der Finanzkommission und die Schlussabstimmung.

Gibt es zu diesem Ablauf Wortmeldungen oder Begehren? Das ist nicht der Fall. Dann gehen wir so vor und starten mit dem Sprecher für die Finanzkommission Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): 434 Millionen Franken, mit diesem Überschuss schliesst die Rechnung 2023 ab, nachdem nach verschiedenen Nachtragskrediten und Budgetpostulaten der Grosse Rat im Verlaufe des Jahres den ursprünglich vorgesehenen Überschuss von 33,2 Millionen Franken auf nur noch 13,1 Millionen Franken reduziert hat. Nun ist es etwas anders gekommen, und es ist gut gekommen. Erfreut kann die Finanzkommission gleichzeitig auch feststellen, dass das Nettovermögen auf 451,9 Millionen Franken angestiegen ist und die Nettoschuldenquote wie im Vorjahr unter 0, nämlich bei Minus 0,6 Promille liegt. Festzuhalten gilt es aber auch, dass sich die Bruttoschulden von 3,3 auf 3,5 Milliarden Franken erhöhen.

Wie kam es zu diesem ungewöhnlich und ungemein tollen Rechnungsüberschuss von 434 Millionen Franken, den wir und wohl auch die Finanzdirektorin so in dieser Form nicht erwartet haben? Bei genauer Betrachtung wird rasch klar, dass dieser Überschuss vor allem auf höhere Steuereinnahmen zurückzuführen ist. So fallen die Einnahmen durch die Einkommenssteuern von natürlichen Personen um 70 Millionen Franken höher aus als budgetiert. Gleichzeitig sind auch die um 351 Millionen Franken höheren Überschüsse bei den Unternehmenssteuern dafür mit- oder gar hauptverantwortlich.

Diese hohen Überschüsse ergaben sich auch durch die gute Konjunktur, die Widerstandsfähigkeit der hier ansässigen Unternehmen in Krisenjahren und das Steuerjahr 2022 war geopolitisch gesehen ein solches Krisenjahr und durch nachträgliche Einnahmen vergangener Steuerjahre. An dieser Stelle ist aber auch festzuhalten und festzustellen, dass trotz dieser aussergewöhnlich hohen Einnahmen bei den Unternehmenssteuern nicht per se davon ausgegangen werden kann, dass dies in gleicher oder ähnlicher Form auch in den Folgejahren der Fall sein wird. Regierungsrätin Tania Soland, die Finanzdirektorin, hat dies schon bei der Präsentation der Rechnung 2023 gegenüber den Medien mahnend erwähnt und sie hat diese Mahnung auch in der Finanzkommission wiederholt. Man kann nicht davon ausgehen, dass sich dies jedes Jahr derart positiv wiederholen wird. Gerade bei den Unternehmenssteuern zeigt sich eine hohe Volatilität, weshalb es die Finanzkommission sehr begrüsst, wenn der Kanton die Einnahmenseite auch weiterhin unter Berücksichtigung dieses volatilen Aspektes kalkuliert.

Die Vermögenssteuern fielen um 30 Millionen Franken tiefer aus als budgetiert. Die Erbschafts-, Schenkungs- und Handänderungssteuern schwanken von Jahr zu Jahr stark, weshalb ein Durchschnittswert budgetiert wird. Im 2023 lagen diese Steuerarten 38 Millionen Franken unter dem Durchschnitt der letzten Jahre.

Weiter ist auch darauf hinzuweisen, dass es im Rechnungsjahr 2023 keine Gewinnablieferung der Schweizerischen Nationalbank gab. Diese bezieht sich jeweils auf das vorherige Geschäftsjahr der SNB, und dies führt zu einer Verschlechterung gegenüber dem Budget von 46 Millionen Franken, da der Kanton jeweils von einer mittleren



Gewinnausschüttung der SNB ausgeht. Diese Art der Budgetierung, ein Mittelweg zwischen risikoreich und risikoarm, begrüsst die Finanzkommission weiterhin. Regierungsrätin Tanja Soland hat ausgeführt, dass mit der Erwartung einer mittleren Gewinnausschüttung vermutlich auch eben diese unterschiedlichen Möglichkeiten, was die Gewinnausschüttung der SNB anbelangt, für unser Budget und für unsere Rechnung dann besser kalkulier- und erwartbar ist.

Auch die Departemente trugen zum positiven Rechnungsabschluss bei. Insgesamt blieben sie 63 Millionen Franken unter Budget, wobei dies vor allem auf tiefere Fallzahlen in der Sozialhilfe (36 Millionen Franken) und tiefere Ausgaben für Prämienverbilligungen (14 Millionen Franken) zu begründen ist. Zu Mehraufwand führte eine Rückstellung in der Höhe von 21 Millionen Franken für potenzielle Ausfälle bei Covid-19-Startup-Bürgschaften. Das hohe Investitionsvolumen von 421 Millionen Franken konnte vollständig selbst finanziert werden. Die grössten Positionen hier sind die Elektrifizierung des Bussystems, die Erhaltung der Gleisinfrastruktur, die Erweiterung der ARA, die Abwasserreinigungsanlage, sowie der Neubau des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs. Der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen beträgt 160 Prozent.

Weiterhin zunehmend ist die Zahl der Beschäftigten beim Kanton. Bestanden im Jahr 2022 rund 8'892 Vollzeitstellen, sind diese im Jahr 2023 auf 9'177 Vollzeitstellen angewachsen. Das kontinuierliche Wachstum der Vollzeitstellen ist vielen verschiedenen Faktoren, wie beispielsweise steigenden Schülerzahlen geschuldet, weshalb ich jetzt auch verzichte, im einzelnen darauf einzugehen.

Hinweisen kann ich noch auf den Umstand, dass das Steuerpaket, das im März 2023 von der basel-städtischen Stimmbevölkerung angenommen wurde, sich noch nicht auf die Rechnung 2023 auswirkt. Das Steuerpaket führt dazu, dass die Steuereinnahmen der natürlichen Personen ab 2024 um 112 Millionen Franken sinken. Angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten kommt das Steuerpaket auch aus Sicht der Finanzkommission aber bestimmt zur richtigen Zeit.

Nun möchte ich kurz auch zu einzelnen Feststellungen, Erwartungen und Empfehlungen aus einzelnen Departementen kommen. Zuerst zum Naturhistorischen Museum und zum Staatsarchiv: Die Finanzkommission wurde bereits im Juni 2023 informiert, dass für die Ertüchtigung des Widerlagers der Luzernerringbrücke als integraler Bestandteil des Neubaus für das Naturhistorische Museum und das Staatsarchiv zusätzliche Kosten von 570'000 Franken anfallen. Die Finanzkommission stimmte damals, also vor gut einem Jahr, der dringlichen Ausgabenbewilligung zu und liess sich von den Verantwortlichen im Juni 2023 versichern, dass der Terminplan des Bauvorhabens durch die Ertüchtigungsmassnahmen nicht gefährdet sei. Im Rahmen der Hearings wurde nun im Frühjahr 2024 die Finanzkommission durch den Regierungsrat informiert, dass sich die Eröffnung des Neubaus durch eine Projekterweiterung und dem nicht Erreichen zweier terminlicher Meilensteine eben nun doch verzögere und ein finanzieller Mehrbedarf anfallt. Die Projekterweiterung betreffe die Situation der Arbeitsplätze. So sei im Rahmen der Betriebsanalyse festgestellt worden, dass durch die zusätzlich bewilligten Stellen für das Naturhistorische Museum ein Mehrbedarf an elf permanenten Arbeitsplätzen entstehen. Neu würden 79 statt der ursprünglich im Projekt vorgesehenen 68 Arbeitsplätze benötigt. Ein zusätzlicher, im Projekt bislang nicht vorgesehener Raumbedarf entstehe für die neuen Aufgaben im Bereich der Digitalisierung. Diese entsprechenden Arbeitsplätze können im Neubau untergebracht werden, unter anderem durch Nutzungsrochaden auch mit dem Staatsarchiv und Verdichtungen sowie die Schaffung von Grossraumbüros. Diese Variante sei für die Funktionalität sinnvoll, liess der Regierungsrat uns mitteilen, da bei einer externen Anmietung Arbeitsprozesse aufwendiger, der Umgang mit Kulturgut ineffizienter und eine erhöhte Gefahr der Schädigung des Sammlungsguts aufgrund von Transporten die Folge sei. Auch rechne sich eine solche externe Anmietung wirtschaftlich nicht.

Da der Rohbau des Verwaltungstrakts aber fertiggestellt sei, sei die Ausführungsplanung abgeschlossen. Diese Projekterweiterung habe nun erhebliche Auswirkungen auf den Ablauf der Ausführung sowie auf Kosten und Termine. Sie übersteigen zudem den Rahmen von unvorhergesehenen Entwicklungen, für welche die Projektreserven im Budget vorgesehen seien. Als Folge dieser Umplanung sei auch der Zeitplan nicht mehr einzuhalten, weshalb sich das Projekt nach heutigem Stand um ein halbes Jahr verzögere und dies auch Auswirkungen auf den Übergabetermin habe.

Weiter seien zwei wesentliche terminliche Meilensteine als Voraussetzung für den Beginn der geplanten Folgearbeiten nicht erreicht worden. Hier geht es um Dichtigkeiten im Grundwasser und um verschiedenen Dichtigkeitsklassen. Der Innenausbau könne erst angegangen werden, wenn nachgewiesen sei, dass die Dichtigkeitsklasse 1 erreicht wurde. Eine Expertise habe ergeben, dass es sich um einen Ausführungsfehler handle bei diesen Arbeiten und die Beteiligten seien entsprechend abgemahnt worden. Für die Behebung der Schäden sei nun ein Expertengremium gebildet worden. In einigen Untergeschossen konnte aufgrund von Schimmelbefall mit dem Ausbau nicht begonnen werden. Auch gegen diesen Befall müssten zuerst Massnahmen getroffen werden, damit kein längerfristigen Schaden entstehe. Aus witterungsbedingten Gründen seien Abdichtungsarbeiten auf dem Dach zudem erst seit Januar 2024 möglich. Der Winter war zu nass und mit dem Innenausbau unterhalb des Dachs konnte daher erst mit einem Verzug im März 2024 gestartet werden. Zudem gestalte sich auch die erwähnte Ertüchtigung des Widerlagergebäudes der Luzernerringbrücke erheblich komplexer, was sich ebenso auf Finanzen und Termine auswirke.

Die Finanzkommission musste nicht nur von diesen Ausführungen Kenntnis nehmen, sondern auch im Nachgang zur Beratung der Rechnung 2023 zwei dringende Ausgabenbewilligungen genehmigen, eine in Höhe von 1,5 Millionen Franken für die Schaffung der erwähnten zusätzlichen Arbeitsplätze, eine zweite für besagte Ertüchtigung des Widerlagers in Höhe



von 2,3 Millionen Franken. Diese Entwicklungen sind aus Sicht der Finanzkommission unschön. Der Finanzkommission konnten keine genauen Angaben zu weiteren Kosten- und Terminfolgen abgegeben werden dies, weil die Daten oder die neuen Pläne, die man seitens der Bauherrschaft hat, intern noch einmal spiegeln möchte und erst zu einem späteren Zeitpunkt genauere Aussagen dazu machen möchte, wie lange und ob sich das Projekt weiter verzögern respektive ob es noch einmal teuer wird. Die Finanzkommission erwartet zeitnah über den weiteren Bauverlauf, die Verzögerung im Projekt und die Mehrkosten informiert zu werden. Wir nehmen es zur Kenntnis, dass auch bei diesem Bauprojekt es wie schon auch an anderer Stelle nun zu Verzögerungen gekommen ist

Zu Corona: 2023 waren letztmals für die Coronapandemie Mittel im Budget eingestellt. Die Finanzkommission verlangte deshalb quasi als hoffentlicher Schluss dieser Pandemie einen Gesamtüberblick aller durch den Kanton getätigten Ausgaben in den Jahren 2020 bis 2023. Basel-Stadt hat in diesem Zeitraum rund 417 Millionen Franken für Pandemiemassnahmen aufgewendet. Die Kosten wurden im Wesentlichen im WSU und im GD sowie teilweise auch im Präsidialdepartement abgewickelt. Sie finden dazu ein Kuchendiagramm im Bericht der Finanzkommission auf Seite 24, mit einer entsprechenden Darstellung und Ausführung.

Da den Medien zu entnehmen war, dass Corona- Hilfgelder sowohl beim Bund als auch in den Kantonen vereinzelt unsachgemäss eingesetzt oder nicht zurückbezahlt wurden, wollte die Finanzkommission in der Folge auch wissen, inwiefern der Kanton Basel-Stadt davon betroffen sei und ob hierzu noch Verfahren hängig sind. Es ist erfreulich festzustellen, dass dies bei uns nicht der Fall ist.

Die Finanzkommission wollte zudem in Erfahrung bringen, inwiefern in allen Departementen und Dienststellen schriftlich festgehaltene Regelungen zur Frage der Höhe von Weiterbildungskosten, für Spesen und andere Auslagen von und für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestehen. Hintergrund dazu war ein Bericht der Finanzkontrolle zu einer Prüfung einer Dienststelle der kantonalen Verwaltung. In diesem Bericht der Finanzkontrolle wurde festgestellt, dass im Bereich Personalschulung und SpesenmSchwachstellen existieren und es Optimierungspotential bezüglich der Weisung Ablehnung von Geschenken und anderen Vorteilen gäbe. Weiter wurde bei der Prüfung festgestellt, dass die Kosten für durchgeführte Personalveranstaltungen pro Mitarbeiter zu hoch seien.

Die Dienststelle nahm die Empfehlung der Finanzkontrolle zur Kenntnis und versicherte auch gegenüber der Finanzkommission, dass Massnahmen implementiert worden seien, um den Empfehlungen nachzukommen. Entsprechende Weisungen auch zur Entgegennahme von Geschenken werden ebenfalls überarbeitet. Der Regierungsrat versicherte gegenüber der Finanzkommission, dass ein Bericht zum Anzug Soland, sie war damals noch Mitglied des Grossen Rates, betreffend der Einführung einer Gesamtstrategie in der Korruptionssensibilisierung und -bekämpfung in Bearbeitung sei, jedoch noch nicht vor den Sommerferien vorliege. Die Finanzkommission erwartet, dass dieser Bericht möglichst bald vorliegt, da die Frist des vom Grossen Rat beschlossenen Anzuges bereits im Mai 2023, also vor über einem Jahr abgelaufen ist.

Zu Krankheitsausfällen: Die Finanzkommission stellt fest, dass die Zahl krankheits- und unfallbedingter Ausfälle in einzelnen Departementen hoch ist und weiter ansteigt. Aus Datenschutzgründen können keine Daten zu den Ursachen der Krankheitsfälle erhoben werden. Die Departemente können aber verschiedene Instrumente zur betrieblichen Gesundheitsförderung in Anspruch nehmen. Dazu bietet auch HRBS, der zentrale Personaldienst, entsprechend Kurse zum Thema. Im Gegensatz zu anderen Arbeitgebern verfügt die Kantonsverwaltung über ein umfassendes Care-Management, der Finanzkommission ist es an dieser Stelle aber ein Anliegen, dass neben der psychischen auch der physischen Gesundheit Beachtung geschenkt wird. Sie möchte dies an dieser Stelle nochmals, auch im Kontext aktueller Diskussionen bei einzelnen Dienststellen, explizit erwähnen.

Zum Bau- und Gastgewerbeinspektorat: Die Finanzkommission informierte sich erneut über die Pendenzen beim BGI, die sich aufgrund der vielen Absenzen im Jahr 2022 infolge von Krankheitsfällen und Kündigungen angesammelt haben. Das BVD hat auf diese Krise, Sie wissen das, mit Personalaufstocken im Jahr 2023 und diversen organisatorischen Massnahmen reagiert. Gemäss Departement brauchen nun diese neuen Teammitglieder Zeit und Unterstützung, um sich einzuarbeiten. Obwohl die anfängliche Bugwelle an Pendenzen abgearbeitet werden konnte, ist das beabsichtigte Ziel, die Erfüllungsquote beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat Mitte 2023 deutlich zu verbessern, nicht erreicht worden. Uns gegenüber wurde versichert, dass weiter daran gearbeitet werde, die Pendenzenlast zu reduzieren. Wir wollen dieser Aussage von Regierungsrätin Esther Keller Glauben schenken und erwarten aber, dass sich die Pendenzenlast in diesem Jahr wieder in einem normalen Rahmen bewegt. Dies ist auch für die Aussenwirkung des Kantons wichtig. Das Bau- und Gastgeberinspektorat ist ein Bereich, welcher sehr kundenintensiv ist und wir hoffen, dass dies tatsächlich auch geschieht und dass dem weiterhin entsprechend Beachtung geschenkt wird.

Zum Erziehungsdepartement: Die Schwimmhallen in der Stadt Basel sind sehr ungleich verteilt. Wer Kinder hat oder Kinder hatte, wird dies selber wissen und die Situation auch kennen. Dies hat zur Folge, dass Wegstrecken von bis zu 35 Minuten für einzelne Schulstandorte anfallen, um einen Schwimmunterricht zu besuchen. Das Erziehungsdepartement hielt gegenüber der Finanzkommission fest, dass die Wegstrecken nicht zu Lasten des Schwimmunterrichts, sondern anderer Lektionen gehen. Die Finanzkommission nimmt wohlwollend zur Kenntnis, dass alle Schülerinnen und Schüler ausreichend



Schwimmunterricht absolvieren können. Wir regen jedoch an, dass bei der Schulraumplanung zu beachten ist, dass die Wege zu den Schwimmhallen deutlich kürzer werden.

Besagte Schulraumplanung ist denn auch für einen Kanton, der in Summe weiter wächst, ebenfalls herausfordernd. Auch hierzu liess sich die Finanzkommission orientieren. Für die Schulraumplanung wird auf Daten des Statistischen Amtes zurückgegriffen. Dabei werden Bevölkerungsszenarien und Stadtentwicklungsgebiete berücksichtigt bei der Planung. Besonders bei Primarschulen stellt sich die Herausforderung, dass Kinder entweder in ihren Wohnquartieren oder an ihrer Tagesadresse eingeschult werden müssen. Dies kann zu kurzfristigen Verschiebungen führen, die selbst bei geringer Anzahl erhebliche Auswirkungen auf die Anzahl Klassen und damit auch auf die Rechnung des Kantons und das Budget haben können. Im Falle der Sekundarschulen zeigt sich aufgrund von Daten, auch aufgrund der Geburtenzahlen, ein akuter Bedarf von rund 20 über belegten Klassen. Für die nächsten zehn Jahre wird ein Bedarf von zwei bis drei zusätzlichen Sekundarschulgebäuden erwartet. Da Bauvorhaben eine Vorlaufzeit von zehn Jahren haben, ist es erforderlich, gleichzeitig auch Provisorien einzuplanen. Um in Zukunft besser auf Arealentwicklungen reagieren zu können und sicherzustellen, dass genügend und entsprechend den Ansprüchen ausreichender Schulraum geplant wird, soll ein Tool im Erziehungsdepartement entwickelt werden, das den Wohnungsmix und die Anzahl der Kinder berücksichtigt. Dies soll eine präzisere Schulraumplanung ermöglichen und verhindern, dass Schulen zu klein dimensioniert werden. Die Finanzkommission begrüsst diese Bemühungen des ED, die Planungsgrundlagen zu verfeinern und anerkennt, dass eine genaue Planung aufgrund der vielen Faktoren weiterhin aber schwierig ist.

Zum Gesundheitsdepartement: Zum Ende des Berichtsjahres 2023 hat der Regierungsrat die Verwaltungsräte der kantonalen Spitäler neu bestellt. Ebenfalls wurden die Eignerstrategien der viel öffentlich-rechtlichen Kliniken für die Jahre 2024 bis 2027 überarbeitet und festgelegt. So wurden diese dahingehend ergänzt, dass das hochstehende medizinische Angebot auch wirtschaftlich effizient erbracht werden muss, um den steigenden Kosten im Gesundheitswesen entgegenzuwirken. Die Kennzahl EBITDA-Marge gilt dabei als relevante Kennzahl, für die neu Richtwerte anstelle von Zielvorgaben vorgegeben werden. In Ergänzung zu diesen Richtwerten wurde neu ein anzustrebendes ausgeglichenes Ergebnis verankert, ebenso die langfristige finanzielle Tragbarkeit der Investitionen. Dies scheint uns besonders wichtig angesichts aktueller Diskussion über die Spitalraumplanung. Zudem wurde als Hinweis für die Revisionsstellen für die Ermittlung des anzuwendenden Zinssatzes bei allfälligen Werthaltigkeit-Impairment-Tests explizit festgehalten, dass der Eigner keine Verzinsung des Dotationskapitals erwartet. Aufgrund der Wertberichtigung enthält die Eignerstrategie für die universitäre Altersmedizin Felix Platter -Sie können sich daran erinnern, wir diskutierten darüber vor einem Jahr – entsprechend spezifische Vorgaben. Und so wird das die UAFP angehalten, einen Cashflow anzustreben, der für die Rückzahlung des 2029 fälligen Darlehens über 50 Millionen Franken ausreicht. Diese Zielsetzung erfordert zudem eine strengere Regelung betreffend die Konsultation der Investitionsvorhaben beim Eigner. Die Vorgaben erfolgten aus den bereits erwähnten Erfahrungen der massiven Wertberichtigungen beim Felix Platter Spital. Die Finanzkommission begrüsst, dass aus den Erfahrungen mit dem UAFP Anpassungen in den Eignerstrategien vorgenommen wurden.

Zum Justiz- und Sicherheitsdepartement Thema war natürlich auch in der Finanzkommission die Situation bei der Kantonspolizei. Der Unterbestand bei der Kantonspolizei lag per 31. Dezember 2023 bei 120 Vollzeitstellen. Ein Jahr zuvor waren es noch 82 Vollzeitstellen im Unterbestand. Gemäss Departement konnte mit der gewährten Arbeitsmarktzulage eine temporäre Entspannung erreicht werden, für eine Trendwende reichte diese Massnahme jedoch nicht aus. Die Finanzkommission ist über den aktuellen sehr grossen Unterbestand bei der Kantonspolizei sehr besorgt und erwartet vom Regierungsrat, dass Massnahmen nun baldmöglichst umgesetzt oder ergriffen werden, damit sich die Situation bei der Kantonspolizei, was die Frage des Unterbestandes anbelangt, nachhaltig und langfristig dann auch verbessert.

Und wie Ihnen vielleicht aufgefallen ist, lag der Personalaufwand im JSD trotzdem mit 272 Millionen Franken drei Prozent über dem Budget. Das war für die Finanzkommission etwas verwirrend, wenn man gleichzeitig einen Unterbestand von 120 Personen im JSD respektive dann in der Dienststelle Kantonspolizei zu verzeichnen hat. Wir fragten deshalb auch beim JSD nach, wie eine allfällig erfolgreiche Rekrutierungsoffensive bei der Kantonspolizei im Budget aufgefangen werden könnte, wenn heute schon bei einem Unterbestand von nicht nur 120, sondern wenn man das gesamte JSD zusammennimmt, bei einem Unterbestand von 153 Vollzeitstellen das Budget im Bereich Personalaufwand mehr als ausgeschöpft ist im Departement. Das JSD, die Departementsvorsteherin, wies darauf hin, dass derzeit eine Analyse über die finanzielle Struktur durchgeführt werde und man dabei die Ausfinanzierung nicht besetzter Stellen im Fokus habe. Gemäss JSD wurden in der Vergangenheit beispielsweise die Lohnkosten im Rahmen der Systempflege nicht ausfinanziert, ohne Unterbestand müsste das Personalbudget rund 13 Millionen Franken höher liegen. Die Finanzkommission erachtet deshalb die Ausfinanzierung als angezeigt. Wären die Mittel entsprechend dem Sollbestand vorhanden, könnte zum Beispiel auch in Rekrutierungsmassnahmen oder eben Attraktivitätssteigerungen investiert werden. Diese Diskussion wird uns als Finanzkommission aber auch den Grossen Rat insgesamt weiter beschäftigen. Die Finanzkommission liess sich gerade erst vor wenigen Wochen auch von der Finanzdirektorin über die Situation, über die Lohnstruktur bei der Kantonspolizei, auch im Vergleich mit anderen Kantons- und Stadtpolizeien der Schweiz informieren und wir bleiben auch als Finanzkommission hierzu weiter mit den verantwortlichen Stellen des Kantons im Gespräch.

Zum WSU: Informieren liess sich die Finanzkommission auch über die Beteiligung des Kantons an der MCH Group. Der Wert der Aktie der MCH Group ist von 19,52 Franken im Jahr 2018 auf 4,18 per 31. 12.2023 gesunken. Ich habe den



tagesaktuellen Kurs heute Morgen nicht geprüft. In derselben Zeitspanne erhöhte der Kanton seine Beteiligung von 33,5 auf 37,52 Prozent. Die Finanzkommission anerkennt, dass der Aktienkurs nur die Ertragslage widerspiegelt und nicht die in der MCH Group gebundenen Werte abbildet. Wir anerkennen auch, dass der Kanton sich in erster Linie aus Standortinteressen an der MCH Group beteiligt. Wir sind auch zuversichtlich, dass die MCH Group am Standort Basel mit interessanten Formaten weiterhin aktiv ist und damit auch dazu beiträgt, dass Basel ein attraktiver Messe- und Kongressstandort bleibt.

Zum Schluss gerne auch noch zu den Gerichten: Sie haben es vielleicht im Bericht der Regierung, wo der Teil des Gerichtsrates mit eigenen Ausführungen abgebildet ist, lesen können, auch am Jugendgericht und am Gericht für fürsorgliche Unterbringungen, dem FU-Gericht, sind die Fallzahlen als auch der Aufwand pro Fall in den letzten Jahren angestiegen. Dies bildet sich nicht nur bei den Fällen der Staatsanwaltschaft, sondern eben dann auch explizit bei der Jugendanwaltschaft ab und dies hat selbstverständlich dann auch Folgen für das Jugendgericht und auch im speziellen Masse in anderen Themenfeldern für das Gericht fürsorgliche Unterbringung. Die Finanzkommission hat sich deshalb von den beiden Gerichtspräsidentinnen des Jugendgerichts und des Gerichts für fürsorgliche Unterbringungen im Beisein des Gerichtspräsidenten über diese Situation informieren lassen, auch über diese Überlastungen. So mussten wir beispielsweise feststellen, dass sich die Verhandlungshalbtage am Jugendgericht in den letzten zehn Jahren fast verdreifacht haben. Wir nehmen dies zur Kenntnis und anerkennen, dass die hohe Fallbelastung für beide Gerichte auch künftig herausfordernd ist, herausfordernd bleibt und auch darauf ein Auge gerichtet werden muss. Diese beiden Gerichte gehen teilweise vielleicht auch in der Berichterstattung etwas unter, deshalb war es uns wichtig, auch einmal diese beiden Gerichte anzuhören und sie auch in unserem Bericht speziell zu erwähnen.

Wir haben uns dann, weil wir uns ja sehr oft für das Drei-Rollen-Modell interessieren und es bei Bauprojekten des Kantons, wenn es im Drei-Rollen-Modell abläuft, ja nicht immer reibungslos funktioniert, über den Umbau an der Bäumleingasse informieren lassen. Dort wurde ebenfalls das Drei-Rollen-Modell angewendet. Das war in diesem Bereiche dann teilweise noch etwas komplexer, weil die Nutzerseite, in diesem Falle das Gericht, durch unterschiedliche Organisationen, durch unterschiedliche Gerichte in dieser Organisationsstruktur vertreten war. Wir können feststellen, dass aber diese beiden Sanierungsetappen auf Kurs sind, die erste Sanierungsetappe abgeschlossen wurde und es jetzt für die zweite Sanierungsetappe eben auch Lessons learnt gegeben hat, die aus dieser ersten Sanierungsetappe einfließen konnten, so dass wir zuversichtlich sind, dass der Umbau, die Sanierung reibungslos funktionieren wird.

Dies waren meine Ausführungen zu der Rechnung 2023, zum allgemeinen Teil, aber auch zum spezifischen Teil aus den einzelnen Departementen einige Schwerpunkte herausgepickt. Ich möchte es nicht unterlassen, an dieser Stelle meinen Kolleginnen und Kollegen in der Finanzkommission herzlich für die Zusammenarbeit zu danken. Die Wochen mit Hearings und Berichterstattung sind jeweils auch für die Kommissionsmitglieder sehr anspruchsvoll. Hier muss sehr kurzfristig sehr viel geleistet werden, das schätzt das Präsidium, Michela Seggiani als meine Vizepräsidentin und ich, sehr. Auch hier sei herzlich gedankt. Ich möchte unserem Kommissionssekretär Matthias Wiesinger danken für die Zusammenarbeit und Last but not least selbstverständlich dem Regierungsrat und der gesamten Verwaltung für die auch im Rechnungsjahr 2023 geleistete Arbeit.

Wir freuen uns noch einmal sehr, dass der Kanton mit einem derart hohen Überschuss abgeschlossen hat. Wir möchten aber, wie bereits eingangs erwähnt, auch mahnen, dass dies nicht eine Selbstverständlichkeit ist, dass die Volatilität weiterhin berücksichtigt werden sollte. Wir haben aber keinen Anlass zur Sorge, dass dies seitens der Finanzdirektorin, aber auch seitens des Regierungsrates nicht ausreichend getan wird. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte Sie im Namen der Finanzkommission, die diesen Bericht einstimmig verabschiedet hat, der Rechnung 2023 zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die mitberichtende BKK spricht Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Alle Museen ausser dem Naturhistorischen Museum schliessen das Rechnungsjahr 2023 mit einem schlechteren Ergebnis ab als budgetiert. Erfreulich ist aber, dass in allen fünf Museen die Anzahl der Besucherinnen und Besucher gestiegen ist und deutlich über den budgetierten Kennzahlen liegt. Auch im Bereich der Provenienzforschung konnten die Projekte in allen fünf Museen vorangetrieben werden. Etwas schwieriger sieht es im Bereich der Digitalisierung aus. Da sind aus Ressourcengründen noch nicht alle Museen so weit, wie sie gerne sein würden.

Noch kurz zwei, drei Sätze zu den einzelnen Museen: Die anspruchsvolle Situation im Antikenmuseum in Bezug auf das strukturelle Defizit, den jährlichen Stufenanstieg gemäss Lohngesetz und die immer schwieriger werdenden Bedingungen im Bereich Drittmittelgenerierung wird das Museum in Zukunft stark beschäftigen. Mit dem Projekt AMB 2027 konnte eine Organisationsanpassung gemacht werden, die eine Optimierung der Kosten zur Folge hatte.

Die Generalinventur beim Historischen Museum ist zur Hälfte abgeschlossen und verläuft planmässig. Da die Finanzierung der Inventur nicht über einen mehrjährigen Gesamtkredit erfolgt, wird jährlich abgerechnet. Im Rechnungsjahr 2023 war der Aufwand höher als budgetiert, da übergeordnete Projektarbeiten, wie beispielsweise die Einführung einer neuen, webbasierten Datenbank notwendig waren. Dafür schreitet die digitale Erfassung des Sammlungs gut voran.



Das Kunstmuseum ist zur Steigerung der Drittmittelakquise die Zusammenarbeit mit einer Agentur eingegangen. Leider hat diese Zusammenarbeit noch nicht den erhofften Erfolg gebracht. Es zeigt sich, dass Konzepte, die in Grossstädten wie beispielsweise Paris funktionieren, nicht auf den Museumsplatz Basel übertragen werden können. Durch die deutliche Budgetabweichung in der Jahresrechnung wurden die Bonusmalusrücklagen vollständig aufgebraucht.

Gerade im Museum der Kulturen konnten im Bereich der Provenienzforschung wichtige Projekte vorangetrieben werden. So konnte die Vorsondierung der gesamten Sammlung systematisch begonnen und die Projekte «Going Home» und «Geteiltes Kulturerbe» so weit bearbeitet werden, dass sie nun öffentlich im Museum präsentiert werden können. Schwieriger gestalten sich die Arbeiten im Bereich der Digitalisierung.

Dass das Naturhistorische Museum mit einem besseren Betriebsergebnis das Rechnungsjahr abschliesst als budgetiert, liegt einerseits daran, dass nicht alle bewilligten Stellen und zusätzlich gesprochenen Mittel wie geplant eingesetzt werden konnten. Andererseits liegt es aber auch an den hohen Besucherinnen- und Besucherzahlen. So wurden mehr Eintritte und auch ein höherer Shop-Umsatz generiert.

Die BKK bedankt sich bei den Museen für den Austausch, der wie immer sehr gut war, und empfiehlt die Rechnung der fünf kantonalen Museen für das Jahr 2023 zu genehmigen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an die Finanzdirektorin Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Präsident der Finanzkommission hat bereits sehr ausführlich zur Rechnung 2023 berichtet. Daher möchte ich dies nicht wiederholen, sondern ich kann mich ihm voll und ganz seinen allgemeinen Ausführungen anschliessen. Als bekannt wurde, dass wir einen Überschuss von 434 Millionen hatten, war es nicht so, dass alle in Begeisterung ausgebrochen sind, sondern die einen haben mir vorgeworfen, ich würde zu wenig Geld ausgeben für unseren Kanton und die anderen haben mir vorgeworfen, ich würde zu viel Steuern einziehen. Die Finanzkommission hat das jetzt aber in ihrer ausführlichen Betrachtung wieder richtiggestellt und gesagt, wir können uns freuen. Selbstverständlich ist so ein Überschuss sehr willkommen und wir haben deswegen nicht zu wenig Geld ausgegeben, denn wir schauen ja immer darauf, dass wir ein stetes Wachstum haben und nicht darauf, wie viel wir einnehmen könnten.

Es ist wirklich wichtig, gerade dieses Jahr 2023, in dem viel höhere Unternehmenssteuern eingenommen wurden, zeigt, dass es an unserem guten Standort liegt, an den Unternehmen, die sehr wichtig sind für uns. Wir sollen das zur Kenntnis nehmen und daher auch zukünftig in die Zukunft schauen. Wir hoffen, dass das Standortpaket, das der Regierungsrat am Montag vorgestellt hat und nun in Ihren Händen liegt, sehr wohlwollend betrachtet wird, weil ich glaube, die Unternehmen sind so wichtig für uns, dass wir jetzt auch einen guten Umgang mit der OECD-Mindeststeuer finden müssen, dass wir auch zukünftig Überschüsse haben können.

Ich möchte noch eine Bemerkung zu den Investitionen machen. Da wird auch immer wieder vorgeworfen, dass wir zu wenig investieren würden. Wir machen zu wenig. Unser Niveau war letztes Jahr auf 421 Millionen. Ich glaube, das ist sehr hoch. Wir sind schon so hoch, dass wir überhaupt schauen müssen, dass wir alles nebeneinander durchkriegen. Ich glaube, das ist richtig. Ob es dann mehr trägt, das wage ich etwas zu bezweifeln.

Dann haben sich die Bruttoschulden erhöht auf 3,3 Milliarden Franken, obwohl wir ein Nettovermögen haben, aber wir stehen immer noch im Moment sehr gut da. Trotzdem möchte ich Ihnen mitgeben, dass es immer schwierig, bei einem solchen Überschuss mahnende Worte mitzugeben. Aber das Steuerpaket wird sich erst auf dieses Jahr auswirken. Die erste Hochrechnung hat zwar einen Überschuss angezeigt von 67 Millionen Franken, der ist etwas höher als budgetiert, aber wir gehen davon aus, dass wir nicht mehr mit einem gleich formidablen Abschluss wie letztes Jahr abschliessen können. Die Zeiten werden eher schwieriger.

Daher wird es sicher eher enger werden und daher mahne ich wie immer und hoffe, dass wir unsere guten Ausgabendisziplin wie bisher beibehalten können, damit wir auch zukünftig solide und nachhaltige Finanzen haben.

Ich möchte mich auch bedanken bei der Finanzkommission für ihre gute Prüfung der Jahresrechnung, für den guten Austausch und bin gespannt auf die Diskussion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als nächstes erteile ich dem Präsidenten des Gerichtsrates Stephan Wullschleger das Wort. Er verzichtet.

Damit sind wir bei den Fraktionsvoten angekommen und hier hat sich zuerst Pascal Messerli für die SVP gemeldet.



Pascal Messerli (SVP): Die SVP nimmt die Rechnung zur Kenntnis und wird dieser zustimmen. Das Resultat bestätigt unsere Haltung klar, dass sämtliche Steuersenkungen in der Vergangenheit richtig waren und auch in Zukunft der richtige Weg sein werden. Vorstösse sind bereits eingereicht, welche wir selbstverständlich mittragen werden.

Diese Art von Überschüssen zu prognostizieren, ist in der Tat schwierig, daher machen wir auch nicht wirklich einen Vorwurf an das Finanzdepartement. Dennoch haben die letzten Jahre ganz klar gezeigt, dass wir immer genug Einnahmen haben, um die Bevölkerung weiterhin zu entlasten, und deshalb ist auch hier der Weg über die Steuersenkung das einzig richtige.

Und was aus Sicht der SVP-Fraktion trotzdem noch wichtig zu erwähnen ist, ist, dass wir einen hohen Überschuss haben, obwohl wir aus unserer Sicht viel zu viele Ausgaben haben. Von Ausgabendisziplin kann aus unserer Sicht keine Rede sein. Insbesondere das Stellenwachstum bereitet uns grosse Sorgen. Der Staat wächst und wächst jährlich uferlos, niemand scheint das zu interessieren, weder die Regierung noch die Finanzkommission, noch die Mehrheit des Parlamentes. Und aus diesem Grund begrüssen wir selbstverständlich auch gewisse Instrumente wie die generelle Aufgabenüberprüfung, einen Finanzplan aber auch mehr Transparenz bei befristeten Stellen. Wir sind hier wirklich der Meinung, dass wir auch bei der Ausgabenseite gut schauen müssen, dass wir nicht eines Tages in einem strukturellen Defizit sind, dass wir viel zu viele Ausgaben haben und weniger Einnahmen. Aber es ist auch klar, dass wir hier nicht nur dem Regierungsrat den schwarzen Peter zuschieben können. Wir müssen uns hier im Parlament auch aktiv einbringen bei den einzelnen Ratschlägen, aber auch bei der Budgetdebatte, weniger bei der Rechnung. Heute bei der Rechnung reden wir auch etwas für die Galerie, wirklich machen können wir dann etwas beim Budget und auch bei einzelnen Ratschlägen. Heute ist es eigentlich nur das Resultat von unserer parlamentarischen aber auch regierungsrätlichen Tätigkeit.

Dementsprechend rufe ich auch die anderen Fraktionen dazu auf, insbesondere auch diejenigen, welche jetzt in den letzten Wochen und Monaten Vorstösse eingereicht haben bezüglich genereller Aufgabenüberprüfung, bezüglich Finanzplan, dass man sich auch aktiv bei der Budgetdebatte einbringt, dass man sich auch in Zukunft, wenn ein Finanzplan verankert ist, dort aktiv einbringt. Es bringt schlussendlich nichts, wenn wir einen Finanzplan verankern und dann den genau so unkritisch absegnen wie das Budget. Dann können wir uns diese Übung effektiv auch sparen.

Zu den einzelnen Themen: Wir haben auch zur Kenntnis genommen, dass sich die Situation beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat etwas verbessert hat. Allerdings konnten die Ziele, die Erfüllungsquote immer noch nicht erreicht werden. Wir spüren hier einfach in der Baubranche und bei Menschen, welche Eingaben eingeben, eine grosse Unzufriedenheit, wir spüren, dass die Kundenfreundlichkeit in den letzten Jahren nicht wirklich gut war und noch zu wünschen übrig lässt. Wir fordern, dass wir in den nächsten Jahren hier massive Verbesserungen erreichen können.

Zu den Schwimmhallen: Ich denke, hier braucht es effektiv einmal ein Gesamtkonzept, welche Schwimmhallen wir wo wie nutzen, wo es vielleicht noch einen weiteren Bau benötigt, wo ein weiterer Bau auch sinnvoll ist, vielleicht auch im Zusammenhang mit einem neuen Schulhaus. Hier werden wir effektiv mit einem Vorstoss tätig werden und hier wahrscheinlich ein Gesamtkonzept fordern, damit wir bei den Schwimmhallen für alle Schülerinnen und Schüler Verbesserungen erreichen können, sodass man nicht von einem Schulstandort 50 Minuten fahren muss, während das am anderen Ort nicht der Fall ist. Wir finden schon, dass Schwimmen ein wichtiger Bestandteil ist des Schulunterrichts und wir werden uns auch entsprechend dafür einsetzen.

Beim Neubau Naturhistorisches Museum nehmen wir ein erneutes Baudebakel zur Kenntnis. Wir finden das relativ problematisch, denn auch das war eine Volksabstimmung, in der man uns versprochen hat, dass es zu einem gewissen Preis gebaut werden kann. Wir haben in der Volksabstimmung generell auch vor diesem Standort gewarnt und wir müssen schon auch sagen, es beelendet die SVP-Fraktion sehr stark, dass offensichtlich kein einziger Bau in diesem Kanton so gebaut wird, wie es am Anfang versprochen wurde, und dass es immer teurer wird. Das kann es am Ende des Tages auch nicht sein. Auch hier müssen wir Verbesserungen anstreben.

Und zu guter letzt beschäftigt uns selbstverständlich auch der Unterbestand der Polizei. Die Sicherheit und die Polizei ist die zentralste Staatsaufgabe überhaupt. Wenn die Sicherheit nicht funktioniert, dann funktioniert alles andere auch nicht. Und deshalb ist es klar, dass wir hier diesen Unterbestand möglichst schnell korrigieren müssen. Wir haben ja in diesem Monat eine Motion bezüglich Lohnerhöhung überwiesen. Es kam ein neuer Bericht heraus, der selbstverständlich auch gezeigt hat, dass nicht nur der Lohn das Problem ist, sondern auch andere Bereiche. Wir sind selbstverständlich gesprächsbereit, um die Situation generell zu verbessern, sind aber auch der Meinung, dass der Lohn ein wesentlicher Bestandteil ist. Wir werden deshalb auch ziemlich sicher an unserer Motion festhalten.

Insgesamt nehmen wir die Rechnung zur Kenntnis und bitten Sie, dieser so zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Die finanzielle Situation in Basel ist gut und stabil. Das Nettovermögen beträgt 452 Millionen Franken und die Nettoschuldenquote minus 0,6 Promille, der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 160 Prozent. Die Rechnung weist ein



hohes Investitionsvolumen auf, was bedeutet, dass die Bevölkerung vom guten Ergebnis – der Gesamtertrag ist fünf Milliarden Franken - profitiert. So zum Beispiel schlägt das neue Bussystem mit 63 Millionen Franken zu Buche, der Ausbau der Fernwärme mit 15 Millionen Franken und der Erhalt der Gleisanlagen mit 36 Millionen Franken.

Bevor ich nun auf einzelne, nicht alle Departemente eingehe, möchte ich der Finanzdirektorin und ihren Mitarbeitenden für die immer sehr sorgfältige Arbeit danken.

Im PD haben wir eine klar begründete Zunahme von 25,3 Stellen. Das sind unter anderem die neuen Stellen, so der Fachstelle Klima, der Wohnschutzkommission und dem Open Government Data vom Statistischen Amt. Es ist einiges gelaufen im PD. So ist die Umsetzung der Trinkgeldinitiative in Arbeit, ebenfalls die Provenienzforschung. In der Wohnbauförderpolitik wurde der Gegenvorschlag zur Initiative Basel baut Zukunft ausgearbeitet. Die Abteilung Gleichstellung und Diversität hat sich mit dem kantonalen Gleichstellungsgesetz beschäftigt, den Gleichstellungsplan erstellt und die Nachweispflicht zur Lohngleichheit im öffentlichen Beschaffungswesen auch für kleine Unternehmen umgesetzt. Zudem gibt es neu einen Aktionsplan «Barrierefreie Kommunikation» für den Einbezug von Menschen mit Behinderungen. Die SP-Fraktion ist erfreut darüber, dass so vieles pragmatisch und aktiv verarbeitet und umgesetzt werden konnte und hofft, dass diese Tendenz auch weiterhin anhält.

Zum BVD: Hier liegt die kantonale Mobilitätsstrategie vor, welche die Klimaneutralität zum Ziel hat, die Verkehrssicherheit und die Lebensqualität erhöhen will. Die Entwicklung von weniger Autos und mehr Velos auf den Strassen soll damit auch vorangetrieben werden. Erfreulich ist, dass 65 E-Busse in Betrieb genommen wurden. Beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat hoffen wir, dass nach der Reorganisation des Teams Baubewilligungen nachhaltig und rasch die langen Wartezeiten für Baubeglehen abnehmen und dass die neuen Bauinspektor:innen die Erfüllungsquote wirklich erreichen können.

Zum JSD: Der Personalaufwand liegt trotz Unterbestand drei Prozent über dem Budget. Es ist nicht klar, warum. Wären alle Stellen besetzt, wäre das Budget um 13 Millionen Franken überschritten. Das wirft viele Fragen auf. Der Bericht von Markus Schefer und Konsorten zu den Abklärungen über die Personalsituation bei der Kantonspolizei Basel-Stadt zeigt zusätzlich viele Missstände bei der Polizei auf, die weiter untersucht werden müssen. Im Bericht wurde die Frage der politischen Verantwortung nicht gestellt. Sie war auch nicht Teil des Auftrags. Diese scheint uns aber zentral zu sein, denn was wusste die Vorsteherin, wann wusste sie es und hat sie ihre politische Verantwortung und Führungsverantwortung wahrgenommen? Um diese Fragen klar beantworten zu können, fordert die SP-Fraktion gemeinsam mit dem GAB eine Parlamentarische Untersuchungskommission zum JSD werden wir auch noch ein Einzelvotum halten.

Zum ED: Das ED liegt mit 1,7 Prozent über dem Budget, was 19 Millionen Franken entspricht. Mehr Kosten haben unter anderem Stellvertretungen von ausgefallenen Lehrpersonen verursacht. Das zeigt auch einen Missstand auf. Ein weiteres Problem ist der Schulraum und seine Planung. Es ist gut, dass die Prognosemodelle der Schulraumplanung neu auch die Entwicklungsareale einbeziehen, ein Faktum, das eigentlich aber selbstverständlich sein sollte. Die Schulraumplanung wird auch für die SP-Fraktion ein aktuelles Thema bleiben, genau so wie die langen Wege zum Schwimmbad für viele Schüler:innen. Diese Wege müssen kürzer werden und/oder es braucht mehr Schwimmhallen und Schwimmbäder.

Im WSU wurde das Budget unterschritten, dies wegen tieferen Fallzahlen in der Sozialhilfe. Die nicht Bezugsquote bleibt konstant, was ein gutes Zeichen ist. Weniger Geld als budgetiert ausgegeben wurde aber auch, weil der Anstieg der Personen in der Migration höher prognostiziert war, auch weil das Budget nach dem Angriff auf die Ukraine erstellt wurde und wegen den erhaltenen Zahlen vom SEM. Die Teuerung zeigt sich am schnellsten und am stärksten bei den Menschen, die wenig Geld haben. Wir sind deshalb sehr froh darüber, dass die Sozialhilfe nachzieht und die Beteiligung der Wohnkosten angehoben wurde. Die Anpassungen zur Teuerung sollen jährlich gemacht werden. Die SP-Fraktion freut sich über diese klar soziale Richtung und dankt dem Departementsvorsteher dafür.

Mit der Digitalstrategie im FD wird der Service Public gestärkt, was wirklich erfreulich ist. Wichtig ist hier, dass es gerade auch für ältere Menschen dennoch analoge Wege gibt. IT BS hat mit dem Projekt Fahrers, dass verwaltungsinterne IT-Projekte miteinander abstimmen soll, eine grosse Herausforderung, die aber notwendig und wichtig ist. Der Schwerpunkt Klimaschutz zeigt sich auch im FD, so zum Beispiel bei Immobilien Basel-Stadt mit der Kreislaufwirtschaft, die aktiv gefördert wird. Vielen Dank dafür.

Abschliessend kann man sagen, dass es ein paar grosse Baustellen gibt, finanztechnisch geht das dem Kanton aber gut und wir bedanken uns bei den Mitarbeitenden aller Departemente und Gerichte und bei der Gesamtregierung für ihre Arbeit. Ich bedanke mich ebenfalls bei meinen Kolleginnen und Kollegen in der Finanzkommission und beim Präsidenten Joël Thüring für die gute Zusammenarbeit.

Die SP-Fraktion stimmt der Rechnung und dem Bericht zu.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zu Daniel Seiler für die FDP.



Daniel Seiler (FDP): Auch meine zweite Jahresrechnung zeigt das gleiche Bild. Obwohl die Gesamtausgaben und der Personalaufwand laufend zunehmen, nimmt den Überschuss nicht ab, jährlich 100. Millionen zu viel einkassierte Steuern. Bei diesen Zahlen fühlt sich die FDP darin bestätigt, dass wir mit der Kaufkraft-Initiative zur Steuersenkung auf dem richtigen Weg sind.

Die FDP stimmt dem Jahresbericht zu und bedankt sich beim Regierungsrat und den Mitarbeitenden der Departemente für ihre Zeit und für ihre Aufmerksamkeit.

Nachfolgend noch ein paar spezifische Anmerkungen: Wir reden immer von der Nettoverschuldung und loben uns, dass diese gar negativ sei. Aber wir haben Bruttoschulden von 3,5 Milliarden heute. Gemäss Finanzplan 2027 soll diese Bruttoverschuldung auf 5 Milliarden steigen. Das sind ca. 65 Millionen Zinskostkosten pro Jahr, mit diesen Geldern könnten wir ein Schulhaus bauen.

Die steigenden Personalkosten. War die Steigerung im vorletzten Jahr noch 40 Millionen, hat sich diese Steigerung im letzten Jahr nochmal verdoppelt auf 80 Millionen mehr Personalaufwand. Das sind bald 1,5 Milliarden. Effizienzsteigerungen durch die Digitalisierung oder durch die Automatisierung sind wenig in Sicht. Ich habe aber einen Lichtblick gesehen. Wir haben uns das Pilotprojekte zum Robotic Process Automation im JSD angeschaut und uns informieren lassen. Es geht darum, dass standardisierte Prozesse, die in hoher Zahl anfallen, künftig auch maschinell durch Software-Roboter folgen können. Funktionen sind zum Beispiel das automatische Öffnen von E-Mails, das Einloggen in Anwendungen, das automatische Ausfüllen von Systemen oder Formularen und ein Datentransfer. Bei einer beispielhaften Anwendung ging es um Inkasso bei nichtbezahlten Bussen. Es hatten sich in den zweieinhalb Jahren Pendenzen aufgehäuft. Circa 14'000 Fällen sind dann in zwei Monaten durch diese Roboter abgebaut worden. Das ist, glaube ich ist eine interessante Zahl. Das JSD geht heute davon aus, dass etwa 82 Prozesse allein im JSD in Zukunft automatisiert werden können durch sogenannte Roboter. Das wäre etwa in Zukunft ein Einsparungspotential von 14 Stellen. Ich weiss, das ist alles noch Zukunftsmusik, aber das hat sich immerhin sehr interessant sich angehört. Die FDP ist gespannt, wie das Ganze weitergeht und erwartet in Zukunft auch spürbare Effekte mit der Digitalisierung.

Zur Investitionsrechnung: Die Finanzministerin hat es gesagt, wir investieren sehr viel, was grundsätzlich erfreulich ist, aber wenn wir auf der anderen Seite sehen, dass die höchsten Investitionen, die 150 Millionen für Hochbauten und Verwaltungsvermögen, eben oftmals Projekte sind, bei denen es auch immer wieder Schwierigkeiten, Verzögerungen und Mehrkosten gibt. Wir hatten im letzten Jahr der Finanzkommission bei vielen solchen Projekten Nachtragskredite zu sprechen, die teilweise sind 40 Prozent oder noch höher lagen. Der Spiegelhof, auch immer wieder ein Beispiel, über das wir oft redeten in der Vergangenheit, verzögert sich jetzt noch einmal ein Jahr, unter anderem scheinbar, weil nächstes Jahr die Frauenfussballeuropameisterschaft in Basel stattfindet. Ob dann die Zentrale wirklich noch einmal bezogen wird? Wir wissen es nicht. Beim Neubau Naturhistorisches Museum, wir haben es vorhin gesagt, zeichnet sich auch ein neues Baudebakel ab. Von Schimmelbefall ist die Rede. Wir erinnern uns im Vorfeld an das Referendum, es wurde gewarnt vor dieser Grundwassersituation, leider wollte da niemand hören, wie bei der Kaserne.

100 Millionen für den öffentlichen Verkehr. Beim Neubau Naturhistorisches Museum/Staatsarchiv sollen auch noch mehreren Millionen in die Ertüchtigung der Luzernerbrücke investiert werden. Wir haben da schon zweimal Kredite gesprochen, Kredite für eine Tramverbindung über diese Brücke, die noch nicht projektiert ist, deren Notwendigkeit und deren Nachfragen bezüglich Verkehrsströme, obwohl versprochen, bisher nicht kommuniziert wurde, wie das wirklich aussieht. Man baut einfach mal.

Beim Bau- und Gewerbeinspektorat gibt es Pendenzenberge. Die Architekten schlagen Alarm. Die Baubehörden gehen zurück. Das ist vielleicht erfreulich für das Bauinspektorat, aber auf der anderen Seite ist ein 8-prozentiger Rückgang von Baubehörden auch ein Teil des gescheiterten Wohnschutzes, wo wir einfach Probleme haben.

Auch die Staatsanwaltschaft kämpft mit Pendenzenbergen. Da ist zu hoffen, dass mit der Einführung von Justitia 4.0 dann die Berge auch ein bisschen abgebaut werden und wir hoffen auch da vielleicht auf Roboter Process Automatisierung.

Noch ein Wort zur Standortstrategie der Feuerwehr: Im Jahresbericht steht, dass das Einhalten der Hilfezeiten für die Feuerwehr und die Sanität aus verschiedenen Gründen, etwa die verkehrsfreie Innenstadt, die Neugestaltung von Strassen und die vermehrte Einführung von Tempo 30-Zonen immer schwieriger wird. Darum wird jetzt die Standortstrategie der Feuerwehr überprüft. Sie sehen, meine Damen und Herren, ihre Anti-Auto-Politik trifft am Schluss auch die Blaulichtorganisationen und unseren öffentlichen Verkehr.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Philip Karger.

Philip Karger (LDP): Die vorliegende Jahresrechnung ist vom Ergebnis her erfreulich. Allerdings frage ich mich trotz aller Erklärungen, wie es zu einem so hohen Überschuss gegenüber dem Budget kommen konnte. Vereinfachte Steuerverfahren bei den juristischen Personen könnten zu einer besseren Budgetierung und zu genaueren Budget- und



Rechnungsvergleichen führen. Dann wären die Steuern von Haus aus tiefer und es bräuchte keine Motion Moesch. Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf die Motion betreffend Einführung eines jährlichen Grossratsbeschlusses über den kantonalen Einkommensteuereffuss. Diese und weitere Ideen werden wir in der nächsten Budgetrunde vertiefen. Für das Jahr 2024 rechnet der Kanton bereits jetzt mit einem Überschuss. Wahrscheinlich stehe ich in einem Jahr wieder hier und die Rechnung hat wieder mit einem viel höheren Ergebnis als budgetiert abgeschlossen.

Über die Punkte, welche die Finanzkommission an der Rechnung bemängelt, konnten Sie in der Medienmitteilung lesen. Im Grossen und Ganzen schliesst sich die LDP diesen Kritiken an. Generell sind wir, was die Ausgaben angeht, durch die hohen Überschüsse der letzten Jahre nicht nur in der Finanzkommission nachlässig geworden. Zu oft stimmt die Finanzkommission den beantragten Ausgaben zu, die ohne die hohen kantonalen Überschüsse abgelehnt oder zumindest diskutiert würden. Wenn wir zustimmen, ist dem aber immer ein Antrag aus dem Parlament und sehr oft aus der Verwaltung vorausgegangen. Wie gesund dieses Abnicken ist, wird sie spätestens dann zeigen, wenn die Rechnung des Kantons einmal viel weniger oder gar keinen Überschuss mehr ausweist. Ich bezweifle, dass wir es dann noch schaffen werden, die jetzt bewilligten Ausgaben einfach einzusparen.

Ich möchte hier noch auf ein Problem aufmerksam machen, auf das ich immer wieder zurückkomme, wenn es um das Budget oder die Rechnung des Kantons geht. Die meisten Bauten, die in der Verantwortung des Kantons entstehen, wie zum Beispiel die St-Jakobshalle und jetzt neu der Bau der des Naturhistorischen Museums, sind nicht richtig oder nicht wirklich fertig geplant. Die Ausgaben übersteigen die budgetierten Beiträge oft bei weitem. Es zeigt sich, dass das gut gemeinte, Drei-Rollenmodell, wie es heute praktiziert wird, nicht funktioniert. Auch hier bewahrheitet sich: Wenn viele verantwortlich sind, ist es am Ende keiner. Die Regierung muss das Modell dahingehend ändern, dass am besten das Nutzerdepartement die Verantwortung für das Projekt übernimmt. In der privaten Bauwirtschaft hat sich diese Methode bewährt. Wenn niemand die Gesamtverantwortung übernimmt, fühlt sich auch niemand verantwortlich, das Konzept gründlich zu prüfen und Planungsfehler vor Baubeginn aufzudecken. Was dann folgt, sind ein oder mehrere Nachtragskredite.

Wie ungesund unsere enormen Budgetüberschüsse sind, sieht man an den vielen Begehrlichkeiten auch aus diesem hohen Haus. Immer wieder sollen hier ein paar Promille und dort ein halbes oder gar zweieinhalb Prozent für irgendwelche Ausgaben fest ins Gesetz geschrieben werden. Offenbar rechnen die Motionär:innen und Anzugssteller:innen damit, dass wir ewig Budgetüberschüsse haben werden und Basel-Stadt einfach immer alles bezahlen kann. Dabei dürfen wir vor allem nicht vergessen, dass die hohen Überschüsse von den Steuerzahlenden und von den juristischen und natürlichen Personen kommen.

Im Namen der LDP möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen der Finanzkommission, der Finanzaufsicht, den Behörden, bei der Regierung und bei der Verwaltung für die sehr gute Arbeit bedanken. Der Dank gilt aber vor allem auch den Steuerzahlenden. Die Fraktion der LDP stimmt der Rechnung und dem Bericht zu.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Im Namen der grünliberalen Fraktion bitte ich Sie, der Empfehlung der Finanzkommission zu folgen und die Jahresrechnung zu genehmigen. Bevor wir unsere Einschätzung zur Jahresrechnung 2023 des Kantons Basel-Stadt darlegen, möchten wir Grünliberalen zuerst dem Regierungsrat, der Verwaltung, ja letztlich allen, auch den Steuerzahlern, für ihren Einsatz für das Gemeinwohl danken. Insbesondere freut es uns, dass Basel ein sehr guter Standort für Unternehmen ist und eine hohe Lebensqualität aufweist. Wir danken allen, die dazu beigetragen haben und weiter dazu beitragen wollen.

Gerne möchten wir unsere Einschätzung zu einigen Punkten darlegen.

Nachhaltige Finanzpolitik: Wir setzen uns für eine nachhaltige, gesunde Finanzpolitik ein. Es freut uns daher, dass der Kanton Basel-Stadt einen beachtlichen Überschuss von 434 Millionen Franken erzielt hat. Dieses positive Ergebnis ist aber vor allem den volatilen Steuereinnahmen bei den Unternehmen geschuldet. Dennoch zeigt aber ein Blick auf die Ergebnisse der letzten zehn Jahre, dass man durchaus von einem soliden Finanzhaushalt reden kann.

Zum Thema Nettovermögen und Bruttoschulden: Besonders erfreulich ist, dass der Kanton ein Nettovermögen von 451,9 Millionen Franken ausweist. Dies ist ein klarer Beleg für die solide finanzielle Basis des Kantons. Dennoch bereitet uns die Höhe der Bruttoschulden von 3,5 Milliarden Franken Sorgen. Angesichts der volatilen Finanzmärkte und der möglichen Zinsrisiken müssen wir wachsam bleiben und sicherstellen, dass die Schuldenlast nicht zur Belastung für zukünftige Generationen wird. Die Grünliberalen setzen sich dafür ein, dass der Kanton seine Verschuldung kontinuierlich abbaut und damit die Zinsrisiken minimiert.

Zum Thema Staatsausgaben und Effizienz: Wir stellen fest, dass die Staatsausgaben weiterhin stark ansteigen. Dies ist zum Teil auf gestiegene Ansprüche und zusätzliche Staatsaufgaben zurückzuführen, jedoch nicht ausschliesslich. Es ist von grosser Bedeutung, dass wir unsere Ausgaben kritisch überprüfen und womöglich verschlanken. Die Verwaltung muss effizienter werden, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden, ohne dass die Kosten unverhältnismässig



steigen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Ausgaben gründlich auf ihre Notwendigkeit und Effizienz geprüft werden und auch regelmässig. Eine schlanke und effiziente Verwaltung ist entscheidend für die langfristige Finanzgesundheit des Kantons.

Nun speziell noch einige Ausführungen zum Erziehungsdepartement, im Sinne eines Beispiels, nicht weil es bei anderen nicht auch einiges zu sagen gäbe, aber hier haben wir ein paar besondere Anliegen, die wir speziell unterstreichen wollen. Die Grünliberalen nehmen die Jahresrechnung des Erziehungsdepartements mit Besorgnis zur Kenntnis. Die Ausgaben liegen 1,7 Prozent über den budgetierten Kosten, was Mehrausgaben von 19 Millionen Franken bedeutet. Besonders beunruhigend sind die hohen Stellvertretungskosten aufgrund zahlreicher Lehrpersonenausfälle. Hier muss die gesundheitliche Überlastung der Lehrkräfte dringend angegangen werden. Die Kostensteigerungen für Heimplatzierungen und ambulante Hilfen zeigen alarmierende Tendenzen bei der psychischen Gesundheit der Kinder. Hier bedarf es präventiver Massnahmen, um nachhaltige Lösungen zu finden. Auch die Organisation der Tagesstrukturen und der Schwimmunterricht sind aktuell ineffizient und unbefriedigend. Hier müssen Verbesserungen gemacht werden. Im Bereich der Frühförderung besteht trotz Stellenausbau bestehen trotz Stellenausbau weiterhin Wartelisten. Das Angebot muss zwar ausgebaut werden, aber auch die Ursachen für den erhöhten Förderbedarf müssen adressiert werden. Es geht in eine ähnliche Richtung wie mit der psychischen Gesundheit. Natürlich sind das nicht spezifische Probleme von Basel, aber hier zeigt sich halt einmal mehr, dass wir als Kanton solchen modernen Strömungen speziell ausgesetzt sind und diese früher zu spüren bekommen als andere Kantone. Und daher sind wir halt auch hier speziell in der Verantwortung, diese Probleme anzugehen, auch wenn man sagen könnte, dass es weitergehende Probleme sind, die die Schweiz oder Europa oder die ganze Welt betreffen. Die Grünliberalen fordern das Erziehungsdepartement auf, diese Herausforderungen proaktiv anzugehen, aber auch Effizienz zu steigern und das Wohl der Schülerinnen und Schüler zu sichern.

Zum Schluss: Abschliessend möchten wir betonen, dass die nachhaltige finanzielle Stabilität und die effiziente Verwendung der öffentlichen Mittel für die Grünliberalen von höchster Priorität sind. Wir appellieren an den Regierungsrat und die Departemente aber auch an den Grossen Rat und nicht zuletzt appelliere ich an meine eigene Fraktion und letztlich wieder einmal mehr an die ganze Bevölkerung, weiterhin konsequent auf eine nachhaltige und verantwortungsbewusste Finanzpolitik zu achten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GAB): Vorab möchte ich mich bei der Departementvorsteherin und den Mitarbeitenden vom Kanton herzlich bedanken für die gute und sorgsame Arbeit, welche sie im Rahmen der Jahresrechnung erbracht haben.

Nun in media res: Wir freuen uns alle über das gute Resultat von Basel und das zu Recht. Das Geld ermöglicht uns vieles, aber mir kommt da auch ein gängiges Brecht-Zitat in den Sinn, etwas abgewandelt, wären wir nicht so reich, wären andere nicht so arm. Berichte aus anderen Städten in der Schweiz über die Finanzierungsprobleme gerade beispielsweise bei notwendigen Klimainvestitionen machen nachdenklich. Die Verteilung des Geldes ist eben auch auf dieser Ebene ein Problem.

Nun zurück nach Basel: Uns steht eine Phase bevor, in der wir mit grossen Herausforderungen rechnen müssen. Das Finanzdepartement rechnet in Zukunft wieder mit weniger Einnahmen. Aus diesem Grund halte ich den aktuellen Zeitpunkt für ungeeignet, um Steuersenkungen in Betracht zu ziehen. Trotz des momentanen Überschusses müssen wir sicherstellen, dass wir inskünftigen Ausgaben gerecht werden können, gerade im Klimabereich, dort müssen wir gerüstet sein.

Allgemein möchte ich auf das Thema Personal eingehen: Dem GAB machen die hohen Krankheitsausfälle Sorge, insbesondere da es sich gemäss Informationen anlässlich des Hearings vermehrt um schwerwiegendere Erkrankungen handelt. Es ist essentiell, dass der Kanton seine Bemühungen in diesem Bereich ausbaut, insbesondere hinsichtlich der psychischen Gesundheit der Mitarbeitenden, aber natürlich auch der physischen Gesundheit.

Nun ein Blick auf ausgewählte Departemente. Gegebenenfalls werden auch noch meine Fraktionskolleg:innen sich zu den einzelnen Departementen äussern. Beim Präsidialdepartement freut sich das GAB über die neuen Stellen im Bereich Klima, Wohnschutz und Open Data. Diese Bereiche sind von grosser Bedeutung und es ist gut, dass hier Fortschritte erzielt werden. Gerade die Klimafachstelle möchten wir hervorheben, sie leistet wichtige Arbeit und es ist insbesondere begrüssenswert, dass eine allgemeine Sensibilisierung bereits feststellbar ist und dass sich alle Departemente an der Arbeit beteiligen.

Beim Bau- und Verkehrsdepartement muss ich nochmal zurückkommen auf das Thema Personal. Es ist auffällig, die vielen Krankheitstage und Unfalltage sind ein grosses Problem. Es bleiben wichtige Themen wie beispielsweise der Tramausbau auf der Strecke, und das ist sehr bedauerlich aus unserer Sicht. Im Bau- und Gewerbeinspektorat, wir haben es schon vielfach gehört, gibt es Verbesserungen, aber die Pendenzen-Liste muss trotzdem noch kürzer werden und es besteht der Eindruck, dass die Situation aufgrund des Fristenstopps kurzzeitig ein bisschen unübersichtlich geworden ist. Hier hoffen wir, dass wieder alles in geordnete Bahnen geht. Einen besonderen Lichtblick möchte ich erwähnen: Bei der Fachstelle für



umweltgerechtes Planen und Bauen ist mir die gute Zusammenarbeit mit Immobilien Basel-Stadt aufgefallen. Dies ist besonders nennenswert und erfreulich. Die Stadtgärtnerei hat uns über ihre Bewässerungspraxis und über die Sturmschäden informiert. Die Bewässerung ist positiv hervorzuheben. Insbesondere aufgefallen ist mir, dass das Wasser aus dem Plansch Becken wiederverwendet wurde. Das war mir zumindest nicht bekannt, ich finde es aber toll, wie sorgsam sie mit dieser Ressource umgehen. Die Kosten, welche die Stürme im letzten Jahr verursachten, sind weniger erfreulich. Zusammen mit Eigenleistungen kamen Kosten von ungefähr einer Million Franken zustande. Hier muss festgehalten werden, dass dies bereits Folgekosten der Klimakrise sind, einer Krise, der wir jetzt noch begegnen können.

Im Erziehungsdepartement haben wir die Schulraumplanung zur Kenntnis genommen. Es ist begrüssenswert, dass nicht mit den Maximalgrössen gerechnet wird bei den Klassen, aber es scheint, dass andere Räume wie Räume für Gruppenunterricht oder Räume für Förderunterricht gerne vergessen begehnen. Dabei wären diese Räume insbesondere wichtig, um flexibel auf neue pädagogische Erkenntnissen reagieren zu können. Das Thema Schwimmbad war schon vielfach ein Thema. Auch hier haben wir die zum Teil sehr langen Wege zur Kenntnis genommen. Ein gesamtheitliches Konzept wäre bestimmt begrüssenswert. Grundsätzlich möchten wir jedoch betonen, dass wir es toll finden, welche hohe Bedeutung der Schwimmunterricht hat in Basel-Stadt. Schwimmen kann lebensrettend sein.

Im FD haben wir bei den Immobilien Basel-Stadt das Projekt zur grauen Energie zur Kenntnis genommen. Es ist zwar erstmal nur ein Pilot, wir freuen uns aber sehr darüber und wir hoffen und sind gespannt, wie es weitergeht. Etwas negativer zu erwähnen ist bei den Immobilien Basel-Stadt der Umgang mit der Garten- und Freiraumgestaltung. Hier läge ein grosses ökologisches Potenzial, welches leider weitgehend ungenutzt bleibt.

Beim Gesundheitsdepartement haben wir zur Kenntnis genommen, dass sie ein gutes Resultat haben und wir gehen nun davon aus, dass somit genügend Ressourcen vorhanden sein sollten, um die Pflegeinitiative rasch und gut umzusetzen. Wir sind gespannt, was folgt.

Im Justiz- und Sicherheitsdepartement sind die Personalprobleme augenfällig, bereits während dem Hearing, mit dem Bericht in den Medien kommen noch neue Aspekte hinzu. Die Arbeitsmarktzulage konnte unseres Erachtens etwas Abhilfe schaffen, ist aber nur ein schwacher Trost, da sie nicht konstant ist und es gibt ganz offensichtlich neben dem Lohn noch weitere Themen im Personalbereich, welche umgehend angegangen werden müssen. Zur Aufklärung dieser Vorgänge ist die von Kollegin Michaela Seggiani eingebrachte PUK angebracht. Es braucht eine gründliche Aufklärung der Vorgänge, der Ursachen und der Verantwortlichkeiten. Nur ein Beispiel möchte ich noch kurz erwähnen und das sind die Überstundenzahlen: Im Durchschnitt sind im letzten Jahr 13 Überstunden pro Person dazugekommen und es sind nun 168 Stunden pro Person. Das ist unhaltbar und es muss schnellstmöglich angegangen werden, damit mittel- und langfristig die Überstundensituation wieder in ein vertretbares Mass kommt.

Beim Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt ist aufgefallen, dass auch hier das Personal ein Thema ist. Altlasten bei Grünflächen und Spielplätzen konnten aufgrund von Personalmangel nicht umgesetzt werden. Hier geht es um unsere Gesundheit. Es geht um die Gesundheit unserer Kinder und ich hätte es lieber gestern als morgen umgesetzt gesehen. Das Budget bei der Sozialhilfe wurde nicht ausgeschöpft. Das lässt den Schluss zu, dass weniger Personen armutsbetroffen sind. Das ist grundsätzlich positiv. Gleichzeitig sollten nun doch diese Ressourcen verwendet werden, um den verbleibenden Armutsbetroffenen stärker zu helfen. So könnten die Bemühungen intensiviert werden bei der Nichtbezugsquote, oder aber es könnten auch bei der Arbeitsintegration die Bemühungen verstärkt werden.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, vielen Dank an meine Kommissionskollegen und -kolleginnen für die gute Zusammenarbeit. Das GAB bittet Sie, der Rechnung zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Albietz für die Mitte-EVP.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Ich kann vorwegnehmen, dass die Fraktion Mitte-EVP von der Jahresrechnung Kenntnis genommen hat und den Anträgen der Finanzkommission auf Genehmigung dieser Rechnung folgt. Sie schliesst sich auch dem Dank an alle Beteiligten an, ich möchte das nicht im Detail wiederholen. Es ist nicht weniger ernst gemeint. Grundsätzlich schliessen wir uns auch den Ausführungen der Sprecher der bürgerlichen Fraktionen und der GLP an, so weit sie den Aufruf betrifft, Disziplin zu halten bei den Kantonsfinanzen, sich durch diese Überschüsse nicht blenden zu lassen, sie auch nicht falsch oder unbedarft zu verwenden, sondern die Zukunft im Blick zu halten.

Ich werde darauf verzichten, auf einzelne Departemente einzugehen, sondern möchte den Fokus unserer Fraktion auf zwei Punkte legen, die uns sehr wichtig scheinen. Das eine sind die fortwährenden Überschüsse der letzten Jahre und was das mit uns macht, und das zweite ist die Frage der Verschuldung dieses Kantons.

Zunächst zu den Überschüssen: Eigentlich ist es ja schön, seit Jahren weist der Kantonsüberschüsse in teilweise dreistelliger Millionenhöhe auf. Uns scheint es aber eine Reflexion darüber wert, was es mit uns macht, zu viel Geld zu haben. Wir spüren das im täglichen Umgang miteinander, wenn man den Eindruck hat, das Geld ist ja da, dann gibt man es



eben auch aus. Festzustellen ist, dass die Begehrlichkeiten steigen, das wurde schon erwähnt, dass der Konsum zunimmt und der Verbrauch, dass die Staatsquote und der Staatsapparat kontinuierlich wachsen und zwar unseres Erachtens in einem ungesunden Mass.

Sie alle wissen, was passiert, wenn wir mehr Kalorien zu uns nehmen als wir brauchen. Die Grundsätze des menschlichen Organismus gelten prinzipiell auch für ein Gemeinwesen, das zu viel einnimmt. Um im Gleichgewicht zu bleiben, muss es entweder den Verbrauch respektive den Konsum erhöhen oder aber die Zufuhr drosseln. Aus unserer Sicht ist der zweite Ansatz bei Menschen auch bekannt unter FdH, «Friss die Hälfte», deutlich nachhaltiger als mehr zu verbrauchen. Mehr einzunehmen als gesund ist, führt zu Schwerfälligkeit und auch wirtschaftlicher Trägheit. Die Innovationskraft nimmt ab und es besteht die Gefahr der Entwicklung einer gewissen Dekadenz. Davor möchten wir einfach warnen. Zu viel Geld zu haben, ist allgemein, auch wenn das widersprüchlich tönt, nicht gesund.

Ein reiches Staatswesen ist auch weniger widerstandsfähig gegenüber wirtschaftlichen oder natürlichen Schocks, weil es sich auf den vorhandenen Reichtum verlässt und keine Robustheit für Krisenzeiten entwickelt. Dazu möchten wir auffordern, daran zu denken, robust zu bleiben oder wieder robust zu werden. Wir finden es auch richtig, wenn Geld an Geldgeber zurückgegeben wird, wenn man zu viel eingenommen hat. Wiederholt einen solchen Gewinn zu erzielen bedeutet nämlich auch, dass wir den Steuerzahlenden zu viel Geld weggenommen haben. Dieses Geld fehlt den Leuten dann unter anderem in Form von Kaufkraft und Wirtschaftskraft. Daher begrüsst die Mitte die zwei neuen Vorstösse, die hier Remedur schaffen wollen, nämlich die Steuern allgemein zu senken, aber auch einen Steuerfuss einzuführen, der jährlich angepasst werden kann, um auf die jeweilige Finanzlage und Veränderungen reagieren zu können.

Das zweite Thema betrifft, ich habe es schon gesagt, die Verschuldung des Kantons und auch die Darstellung des Vermögens und der Schulden in der Bilanz. Obwohl wir es so viel Geld haben, hat der Kanton hohe Bruttoschulden. Sie sind im Berichtsjahr weiter gestiegen, die Finanzdirektionsdirektorin hat darauf hingewiesen, und zwar nicht auf 3,3 Milliarden Franken, sondern auf 3,5 Milliarden Franken. Das heisst die Schuldenlast, das Geld, das wir aufgenommen haben, ist um 200 Millionen Franken gestiegen. Als Fraktion finden wir diese Entwicklung nicht beruhigend, besonders auch, weil der Kanton mit diesen Bruttoschulden im gesamtschweizerischen Vergleich nach wie vor nicht gut da steht. Und sie müssen eben ins Verhältnis gesetzt werden zum Bruttoinlandprodukt des Kantons und der Schweiz, wenn man das vergleichen will.

Hohe Bruttoschulden bedeuten, auch wenn ihnen grössere Vermögenswerte gegenüberstehen, eine Belastung und eine grosse Unsicherheit. Sie schränken die Handlungsfreiheit ein. Derzeit ist die Zinsbelastung zwar noch einigermaßen gering, sie ist aber in letzter Zeit gestiegen. Die zukünftige Entwicklung ist ungewiss. Das Geld für den Zinsendienst fehlt für andere staatliche Aufgaben. Die Zinszahlungen würden zu einem Problem, falls die Zinsen erheblich steigen würden, was im Moment schwer vorauszusagen ist.

Wie gesagt weist der Kanton innerhalb der Schweiz eine hohe Bruttoschuldenbelastung pro Kopf auf. Die Regierung hat es leider verpasst, in den Jahren wiederkehrender struktureller Überschüsse die Schulden konsequent abzubauen. Wir wünschen uns hier ein Umdenken und einen neuen Fokus auf den Bruttoschuldenabbau.

Nettoschulden sind ja bekanntlich die Bruttoschulden abzüglich der flüssigen Mittel und Vermögenswerte, die relativ schnell verflüssigt werden können. Bekanntlich beträgt die Nettoschuldenquote des Kantons aktuell zumindest auf dem Papier weniger als Null. Mit anderen Worten hat Basel-Stadt derzeit keine Nettoschulden, sondern ein Nettovermögen. Dieser Umstand hat jedoch ganz wesentlich mit der Bewertung des Finanzvermögens zu tun. Als Fraktion sind wir uns nicht sicher, ob diese Bewertung und damit auch die Nettoschulden, über alle Zweifel erhaben ist. Im Finanzvermögen der öffentlichen Hand sollen sich Vermögenswerte befinden, die nicht für die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben bestimmt und grundsätzlich veräusserbar sind. Nun aber erschweren beispielsweise die Bestimmungen der seinerzeit angenommenen Bodeninitiative die Veräusserung von Immobilien sehr, die Praxis lässt praktisch keine Verkäufe zu. Soweit Teile des Finanzvermögens wie geschildert oder auch anderweitig immer mehr politisiert werden und zunehmend öffentliche Aufgaben erfüllen sollen, etwa im Bereich des günstigen Wohnens, und dies einen direkten Einfluss auf die Verkehrsfähigkeit und Veräusserung von Finanzvermögen zur Folge hat, müsste solches Vermögen neu und zutreffend bewertet und teilweise sogar in Verwaltungsvermögen umgewidmet werden, womit der Kanton sehr schnell wieder eine erhebliche Nettoverschuldung ausweisen müsste.

Als Fraktion werden wir in nächster Zeit ein verstärktes Augenmerk auf die Frage richten, ob die Bewertung des Finanzvermögens tatsächlich ordnungsgemäss und nach anerkannten Bewertungsgrundsätzen für das Vermögen eines öffentlichen Gemeinwesens erfolgt und nötigenfalls eine Korrektur verlangen, um ein realistisches und zutreffendes Bild unserer Finanzlage und insbesondere der tatsächlichen Verschuldung zu zeichnen. Sie werden von uns hören.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit haben alle Fraktionen gesprochen. Es liegen keine anderen Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Runde zurück auf die anderen Sprechenden. Zuerst beim Gerichtsrat, wünscht Stephan Wullschlegler das Wort? Er verzichtet. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland.



RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Vielen Dank für Ihre Voten. Einige davon kann ich sehr unterstützen, zum Beispiel diejenigen zur Gesundheit der Mitarbeitenden. Sie haben es erwähnt, es fällt vor allem im Erziehungsdepartement auf mit den hohen Stellvertretungskosten. Das ist ein Thema, das uns auch aufgefallen ist, es betrifft aber auch andere Departemente. Ich glaube, die Gesundheit der Mitarbeitenden muss in unseren Fokus rücken.

Zum Hochbau und Bauen, da bin ich nicht ganz einverstanden. Ich sehe zwar auch, dass wir bei gewissen Projekten tatsächlich Probleme haben, aber ich möchte hier noch einmal betonen, in der Regel liegen wir im Zeit- und Kostenplan. Wir haben sehr viele Projekte und die meisten schliessen im Zeitplan und im Kostenplan ab. Die einzelnen, bei denen das nicht gelingt, sind natürlich deswegen nicht weniger ärgerlich, sondern es ist sehr ärgerlich für uns alle und wir bemühen uns, dort auch wirklich besser zu werden.

Dann noch etwas zu den Unternehmenssteuern. Ich bin jetzt nicht sicher, ob ich Philip Karger richtig verstanden habe. Aktuell haben wir seit 2024 eigentlich keine Möglichkeit mehr, die Unternehmenssteuern zu senken. Die OECD-Mindeststeuer ist eingeführt, das heisst, die Unternehmen, die davon betroffen sind, müssen diese 15 Prozent bezahlen. Da haben wir keinen Einfluss. Daher ist es gut möglich, dass wir auch zukünftig dort höhere Erträge haben werden. Aber dafür haben wir ja, ich mache noch mal Werbung, unser Standortpaket des Regierungsrats am Montag vorgestellt, was eine gute Lösung wäre.

Zur Bewertung vom Finanzvermögen: Wenn ich Ihnen, Daniel Albietz, ganz zuhöre, dann bin ich einverstanden, dass sie das näher anschauen und diskutieren möchten, aber ob das so stimmt, da muss ich mich etwas wehren. Unsere Bewertung wurde auch extern überprüft und wir sind eher konservativ. Das kann man uns vorwerfen. Unsere Liegenschaften sind eher konservativ bewertet, weil wir eben nicht möchten, dass es uns aus der Bahn werfen würde. Daher sind wir etwas zurückhaltend. Das würde vielleicht eine privaten Firma anders machen und wir sind da eher zurückhaltend. Daher glaube ich nicht, dass wir Ihnen da irgendwie Unwahrheiten erzählen oder dass da etwas nicht stimmt. Aber dass man das Thema, ob jetzt etwas im Verwaltungsvermögen ist oder im Finanzvermögen, diskutieren kann, das ist kein Problem. Dass wir nicht verkaufen können stimmt, aber wir können die Baurechte vergeben und die haben gezeigt, dass sie in den letzten Jahren auch dazu verhelfen, dass der Kanton mehr Einnahmen hat

Alles andere hat, nehme ich so zur Kenntnis und ich spüre, dass wir vor allem beim Budget wieder längere Diskussionen haben werden. Ich habe gehört, wie viele von Ihnen bereit sind, weniger Geld auszugeben. Ich bin gespannt auf die Budgetdiskussion. Und ich danke Ihnen vielmals für die wohlwollende Aufnahme der Rechnung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zur Präsidentin der BKK. Sie verzichten. Und damit ist die Reihe bei Joël Thüring, dem Präsident der Finanzkommission.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die gute Aufnahme des Berichts der Finanzkommission zur Rechnung 2023. Wir haben ähnliche Diskussionen auch in der Finanzkommission geführt. Es ist klar, wir sind politisch zusammengesetzt, jeder bringt seinen Hut mit und daraus resultiert dann dieser Bericht. Jeder findet sich vielleicht in unterschiedlicher Art und Weise in den einzelnen Formulierungen. Aber was ich hier wirklich noch einmal sagen kann ist, dass wir nicht Anzeichen haben, dass der Regierungsrat irgendwie bewusst so budgetiert, dass dann der Überschuss Ende der Periode, wenn die Zahlen bekannt werden, überdimensioniert viel höher sind als das, was wir angenommen haben. Diese Budgetierung ist, gerade auch wenn man bedenkt, dass eben ganz viele Unternehmen hier einen Beitrag über die Steuern zu leisten haben, nicht ganz einfach und davon abhängig sind eben auch diese konjunkturellen Aspekte. Hier gab es in den letzten Jahren, das wissen Sie alle, nun mal nicht nur wegen der Coronapandemie, sondern eben auch wegen den Kriegen in der Ukraine, jetzt auch in Israel und anderen Nebeneffekten Ungewissheiten, Unklarheiten, und es ist für Unternehmen schwierig vorherzusehen, was das für Auswirkungen hat und entsprechend ist es selbstverständlich auch für einen Kanton schwierig, vorherzusehen, was das für Auswirkungen hat.

Ich möchte einfach noch einmal erinnern, dass der Budgetprozess für das Jahr 2023 schon sehr früh beginnen muss, weil wir im Dezember 2022 beschliessen, aber der Vorlauf beginnt viel früher. Wir haben hier also auch immer eine gewisse Ungenauigkeit, weil dies in den Abläufen gar nicht anders möglich ist. Hier muss ich die Regierung auch ein Stückweit in Schutz nehmen, wobei ich es nicht als allzu starke Kritik seitens der Fraktionssprechenden wahrgenommen habe.

Dann vielleicht zu Pascal Messerli und zu Philip Karger: Pascal Messerli hat gesagt, die Finanzkommission sei zu wenig kritisch, Philip Karger hat sogar das Wort nachlässig in den Mund genommen. Ich möchte einfach betonen, dass die Finanzkommission bei ganz vielen Ausgaben, die sie über das Jahr spricht, nicht zu bewerten hat, ob die Ausgabe zu hoch ist, ob sie tiefer sein können, sondern ob der finanzrechtliche Status korrekt ist. Und wenn der finanzrechtliche Status aus Sicht der Finanzkommission gebunden ist, dann können wir die Ausgabe oder die zusätzliche Ausgabe nicht hinterfragen, sondern dann können wir nur sagen, dass wir den finanzrechtlichen Status nicht als gebunden ansehen, bitte bringen Sie als



Regierung dieses Geschäft in den Grossen Rat. Ich würde deshalb nicht davon sprechen, dass die Finanzkommission zu wenig kritisch oder zu nachlässig wäre.

Ausserdem, die Ausgaben, die wir in diesem hohen Hause über das Budget und auch über das Jahr beschliessen, sind sehr oft der Wille des Parlamentes, und die Folgen von Aufgaben, die es der Verwaltung zusätzlich aufbürdet sind nun mal im Budget auch abgebildet und lassen sich dann auch in der Rechnung eben entsprechend nieder. Deshalb glaube ich schon auch im Namen der Finanzkommission, dass wir durchaus dort, wo es möglich ist, kritisch nachfragen und Dinge auch hinterfragen. Und ein solcher Punkt, bei dem wir sehr kritisch sind, ist die Frage der Bruttoschulden. Hier haben wir, ich möchte daran erinnern, im letzten Budgetbericht der Finanzkommission ausführlich zur Entwicklung der Bruttoschulden Stellung genommen, haben auch gemahnt, dass diese Zinslast, die daraus entstehen könnte für den Kanton ein gewisses Risiko sein kann. Also auch hier ist die Finanzkommission durchaus sehr kritisch, hat das zu Wort in ihrem Bericht auch entsprechend im Budget 2024 aufgenommen. Die Regierung hat diese Ausführungen auch zur Kenntnis genommen und es ist ihr bewusst, dass diese Bruttoschulden mit der entsprechenden Zinslast, die Folge sein kann, durchaus relevant sind für Rechnung und Budget. Auch hier haben wir nicht Annahmen, dass der Regierungsrat das nicht ausreichend berücksichtigt.

Dass der Personalaufwand steigt, hat unterschiedliche Gründe. Ein Grund dafür ist das Bevölkerungswachstum. Wenn Sie mehr Schülerinnen und mehr Schüler haben, dann brauchen Sie mehr Lehrpersonen. Das ist relativ klar. Wenn Sie im Grossen Rat neue Aufgaben beschliessen, dann steigt, je nachdem der Personalaufwand, weil neue Stellen geschaffen werden müssen. Auch das scheint uns sehr klar zu sein. Kollege Seiler hat die Hoffnung gehabt, dass die Digitalisierung dazu führt, dass alles einfacher wird. Ich habe gerade gestern einen Bericht aus dem Spiegel gelesen. Seit das Verwaltungsgericht Berlin digitalisiert ist, wurde noch nie so viel ausgedruckt. Also ich möchte auch ein bisschen davor warnen, dass die Digitalisierung alles günstiger und einfacher machen würde. Aber Daniel Seiler hat ja zu Recht auf dieses Projekt im JSD hingewiesen, auf diese roboterisierten Automationsprozesse bei einzelnen Anwendungen. Es war für die Finanzkommission sehr interessant, einmal zu sehen und zu hören, wie da wirklich auch gewisse Arbeiten vereinfacht werden können. Nichtsdestotrotz glauben wir als Finanzkommission, dass die Herausforderung in der Digitalisierung für den Kanton dadurch erstens nicht geringer werden und es nicht kurzfristig zu starken Entlastungen führen wird. Hier warne ich auch ein bisschen vor all zu grosser Hoffnung, aber der Kanton wird in diesen Bereichen sicher auch weiter vorwärts gehen und vorwärtsmachen.

Ich danke deshalb den Fraktionssprechenden noch einmal sehr für die wohlwollende Aufnahme unseres Finanzkommissionsberichts und die bis jetzt zumindest nicht anders lautende Zustimmung zu unseren Empfehlungen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Eintretensdebatte zur Rechnung ist damit abgeschlossen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Berichts der Finanzkommission und starten, bevor wir zu den einzelnen Departementen kommen, mit Kapitel 1 bis 4 des Berichts der Finanzkommission sowie des Jahresberichts des Regierungsrates, ausser Kapitel 3, welches eben die Departemente sind. Auch hier ginge wieder das Wort zum Präsidenten der Finanzkommission, er verzichtet, und zur Regierungsrätin, die ebenfalls verzichtet. Auch die Fraktionen und Einzelsprechenden verzichten, in der zweiten Runde, nehme ich an, verzichten auch Regierungsrätin Tanja Soland und Kommissionspräsident Joël Thüring.

Damit sind wir beim Präsidialdepartement Seite 27 des Berichts. Die Globalbudgets der Museen werden am Schluss bei der Beratung des Mitberichts der BKK behandelt. Wünscht Regierungsrat Conradin Cramer das Wort zum Präsidialdepartement? Er verzichtet. Auch sonst wird verzichtet. Das Präsidialdepartement ist damit behandelt.

Wir kommen zum Bau- und Verkehrsdepartement Seite 29 des Berichts der Finanzkommission, Seite 105 im Jahresbericht inklusive Globalbudget ÖV. Wünscht Regierungsrätin Esther Keller das Wort? Sie verzichtet. Joël Thüring verzichtet ebenfalls. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit ist auch das Bau- und Verkehrsdepartement behandelt.

Wir kommen zum Erziehungsdepartement Seite 38 des Berichts der Finanzkommission. An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass sich Mustafa Atici entschuldigt hat. Er vertritt den Regierungsrat heute im benachbarten Ausland in Frankreich, wo er die Flamme olympique sehen wird. Er verzichtet damit auf ein Votum. Auch der Sprecher der Finanzkommission verzichtet auf ein Votum. Die Fraktionen und Einzelsprechenden haben sich nicht gemeldet. Das Erziehungsdepartement ist damit auch behandelt.

Finanzdepartement Seite 41 des Berichts der Finanzkommission. Auch hier verzichten Regierungsrätin und Kommissionspräsident, auch hier verzichten die Fraktionen und Einzelsprechenden.

Wir kommen zum Gesundheitsdepartement Seite 43 des Berichts. Wünscht Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort? Er verzichtet, auch alle anderen verzichten ausser Christine Keller, die als Einzelsprecherin sprechen möchte.

Christine Keller (SP): Ich nehme Bezug auf den Rückgang beim Leistungsvolumen der Spitex Basel beziehungsweise auf eine Bemerkung der Finanzkommission auf Seite 45 des Berichts. Wie Sie wissen, liegen mir Gesundheitspflege vor allem



der älteren Bevölkerung sehr am Herzen, wobei Spitex nicht nur für die älteren da sind, und hier schreibt ja die Finanzkommission, es sei eine Verlagerung zu den privaten Anbietern, insbesondere in der Grundpflege festzustellen. Dann haben wir seit 2019 ja einen Bundesgerichtsentscheid, der erlaubt, dass pflegende Angehörige sich bei einer Spitex anstellen lassen und entsprechend dafür auch einen Lohn bekommen. Diese Entwicklungen stellt die Finanzkommission in den Zusammenhang mit dem Rückgang bei der Spitex Basel.

Wir haben den Jahresbericht der Spitex Basel erhalten und der hat mich aufgeschreckt, weil es steht da geschrieben, die Anfrage habe nicht nachgelassen, aber es sei eine Zunahme bei kurzfristigen Einsätzen, die nicht attraktiv sind, zu deren Annahme die Spitex Basel aber aufgrund des Leistungsvertrages mit dem Kanton verpflichtet ist, und das führt dann dazu, dass der Koordinationsaufwand zwar steigt, aber die verrechenbaren Pflegestunden eben nicht unbedingt. Da hat die Spitex Basel ein wachsendes Defizit zu verzeichnen. Das bereitet mir Sorgen. Ich weiss, dass hier Verhandlungen am Laufen sind und ich hoffe, dass der Kanton hier auch wirklich eine Lösung findet, damit die Spitex Basel, aus dieser strukturellen finanziellen Krise auch wieder herauskommt.

Ich denke, dass das Gesundheitsdepartement auch diese Frage mit den pflegenden Angehörigen im Auge behalten muss. Das ist grundsätzlich eine Sache, die sehr gut sein kann, aber es gibt hier auch ein Missbrauchspotenzial seitens gewisser Firmen und ich werde dazu wahrscheinlich auch noch schriftlich nachfragen, aber es ist sicher gut, wenn diese Entwicklung begleitet wird, zumal nach einem ganz neuen Bundesgerichtsentscheid jetzt auch die psychiatrische Grundpflege den Angehörigen vergütet werden kann, was dann auch wieder zu erheblichen Kosten führen wird.

Das war das, was ich zu diesem Thema im Rahmen des Jahresberichts des Gesundheitsdepartements noch sagen wollte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Präsident der Finanzkommission verzichtet auf ein Votum. Wünscht der Regierungsratsengelberger das Wort? Er wünscht es.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: In aller Kürze: Wir teilen selbstverständlich das Interesse von Christine Keller an intakten, nachhaltig qualitativ hochstehenden Versorgungsstrukturen im Bereich der Spitex. Wie bereiten derzeit ja auch wieder die nächste Vertragsperiode mit Spitex Basel vor und beobachten auch die allgemeine Entwicklung. Es ist natürlich so, dass hier auch ein Markt besteht und das ist auch nicht per se ein Problem. Sie haben jetzt die mögliche Anstellung von Angehörigen auch erwähnt. Dort gibt es ein gewisses Missbrauchspotenzial. Das ist korrekt. Wir sind seitens Gesundheitsdepartement für die qualitative Aufsicht zuständig und daneben gibt es natürlich auch eine Arbeitsmarktaufsicht. Wir haben das im Auge und ich danke Christine Keller für den Hinweis.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zum Justiz- und Sicherheitsdepartement Seite 45 des Berichts der Finanzkommission. Wünscht Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort? Sie verzichtet, der Präsident der Finanzkommission verzichtet ebenfalls. Damit sind wir bei den Fraktionen. Hier hat sich Mahir Kabakci gemeldet für ein Fraktionsvotum für die SP.

Mahir Kabakci (SP): Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion möchte ich einige zentrale Punkte der Jahresrechnung 2023 bezüglich des Justiz- und Sicherheitsdepartements hervorheben.

Das Justiz- und Sicherheitsdepartement verzeichnet ein zweckgebundenes Betriebsergebnis von 292,7 Millionen Franken, was einer Budgetüberschreitung von 5 Prozent entspricht. Ein weiteres wichtiges Thema sind die Pilotprojekte zur Robotic Process Automation. Im Justiz- und Sicherheitsdepartement sind bereits 20 Software-Roboter im Einsatz, die repetitive standardisierte Prozesse übernehmen, was zu einer einheitlichen Qualität und höheren Geschwindigkeit. Diese Automatisierungsprozesse konnten dazu beitragen, bis zu 14 Stellen einzusparen.

Der Personalaufwand im Justiz- und Sicherheitsdepartement liegt mit 272 Millionen Franken 3 Prozent über dem Budget, trotz eines Unterbestands von 153 Vollzeitstellen. Dies wirft erhebliche Fragen auf. Wie kann das Justiz- und Sicherheitsdepartement eine erfolgreiche Rekrutierungsoffensive bei der Kantonspolizei im Budget auffangen, wenn heute schon bei einem Unterbestand das Budget im Bereich Personalaufwand mehr als ausgeschöpft ist. Es bräuchte eine Anpassung, eine Erhöhung des Personalbudgets um weitere 13 Millionen, um diesen Unterbestand finanzieren zu können. Diese Situation ist besorgniserregend und zeigt, dass auch die finanzielle Struktur des Departements dringend einer Analyse und Anpassung bedarf. Es ist notwendig, dass die Ausfinanzierung der unbesetzten Stellen überprüft und entsprechend angepasst wird, um zukünftige Rekrutierungen und Attraktivitätssteigerungen finanzieren zu können. Eine striktere Haushaltsdisziplin und gezielte Massnahmen zur Verbesserung der Personalstruktur sind unerlässlich.

Die Verzögerung des Umzugs der JSD-Zentrale aufgrund der UEFA Women's Euro 2025 wirft ebenfalls Fragen auf. Wir verstehen, dass Grossveranstaltungen erhebliche logistische Herausforderungen mit sich bringen. Jedoch sollte dies nicht zu



Lasten wichtiger Infrastrukturprojekte gehen. Es ist unklar, in welchem Zusammenhang die Sportveranstaltung und die Sanierung des JSD stehen und warum diese nicht parallel vorangetrieben werden können. Wir fordern eine klare Darstellung der Zusammenhänge und eine Strategie, um solche Verzögerungen in Zukunft zu minimieren.

Der deutliche Unterbestand an Personal, insbesondere in kritischen Bereichen wie der Kantonspolizei und dem Justizvollzug ist besorgniserregend. Es bedarf dringender Anstrengungen, um diese Stellen zu besetzen und so die Arbeitslast auf die vorhandenen Mitarbeiter zu reduzieren. Die Überstundensituation bleibt ein kritischer Punkt. Wir fordern das JSD auf, nachhaltige Lösungen zu entwickeln, um diese Belastung zu reduzieren und sicherzustellen, dass das Personal nicht weiterhin übermässig beansprucht wird. Der Polizeibericht, der letzte Woche veröffentlicht wurde, hat die internen Missstände bei der Polizei aufgezeigt und auch bereits Antworten darauf gegeben, was mögliche Ursachen für den Unterbestand beim Personal der Polizei sind. Mögliche Massnahmen und Empfehlungen sind auf dem Tisch.

Klar möchte ich betonen, dass wir weiterhin Hand bieten für konkrete Massnahmen, die sinnvoll und zielgerichtet im Hier und Jetzt Verbesserungen bewirken können. Aber es braucht jetzt eine politische Aufarbeitung, um herauszufinden, wie es so weit kommen konnte. Dafür braucht es eine parlamentarische Untersuchungskommission. Für uns ist klar, die Missstände sind zu systematisch und zu tiefgreifend, als dass man einfach so mit den bestehenden Instrumenten zur Tagesordnung übergehen könnte. Die PUK kann Auskünfte von Regierungsratsmitgliedern, der Verwaltung und den Gerichten einholen, Sachverständige herbeiziehen sowie die Herausgabe von Akten verlangen. Und genau das braucht es jetzt, damit wir eine gute Grundlage haben, um konkrete Verbesserungen erzielen zu können und zu wissen, wann die Departementsleitung informiert wurde, wann nicht eingegriffen wurde oder wer nicht eingegriffen hat, um eine gute Analyse machen zu können, um langfristig gute Resultate erzielen zu können. Damit wieder Ruhe in den Polizeikorps einkehren kann, brauchen wir vorerst eine gute Analyse und aufbauend auf diese Analyse muss es Massnahmen geben, die auch die Situation entspannen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nicola Goepfert spricht für das GAB.

Nicola Goepfert (GAB): Die Personalsituation beim JSD ist desolat, wir haben es bereits gehört im Votum von Joël Thüring ganz zu Beginn. 153 Stellen sind nicht besetzt, davon alleine 120 bei der Kantonspolizei. Direkt damit in Verbindung steht die hohe Zahl von durchschnittlich 168 Überstunden pro mitarbeitender Person bei der Polizei im vergangenen Jahr.

Bereits bei der Diskussion über die Löhne der Polizei habe ich darauf hingewiesen, dass die Löhne nicht das einzige Problem sind, dass es bei der Polizei ein Führungsproblem gäbe. Vergangene Woche ist nun der Bericht von Markus Schefer zur Personalsituation bei der Kantonspolizei veröffentlicht worden. Mit diesem Bericht wird ersichtlich, wie tiefgreifend, grundlegend und strukturell die Probleme sind, welche mitunter zu dieser verheerenden Personalsituation beigetragen haben.

Ich gehe hier noch weiter auf diesen Bericht von Herrn Schefer ein, weil im Bericht der Finanzkommission die Personalsituation behandelt wird. Der Bericht bringt so massive Missständen auch auf dem Tisch, dass ich ein Geheim geglaubt hätte, wenn ich den Bericht nicht selbst gelesen hätte. Für den Bericht wurde mit über 370 Angehörigen der Kantonspolizei gesprochen. Hier ein paar Darstellungen, wie sie im Bericht vorkommen. Es wird ein Klima der Angst beschrieben, von problematischem Führungsverhalten ist die Rede und ein Mangel an Vertrauen in die Führung kommt zum Ausdruck. Die Polizeileitung hat ein Akzeptanzproblem, sie agiere nicht als Kollegium und wird als Führungsgremium kaum wahrgenommen. Die Polizeileitung wird im Allgemeinen als autoritär, abgehoben und unkooperativ charakterisiert. Über fast alle Hierarchiestufen hinweg waren sich die Befragten einig, dass der Polizeileitung kein Vertrauen entgegengebracht wird und sie bei den Mitarbeitenden über keine Glaubwürdigkeit verfügt. Der Kommandant habe keinen prägenden Einfluss auf die Arbeit der Polizeileitung.

Was hier beschrieben wird, das ist doch krass. Kein Wunder läuft das Personal davon, aber es geht noch weiter. Es gäbe einen Mangel an zuverlässiger Planung durch die Polizeileitung im Bereich der Personalpolitik. Die Personalknappheit sei seit längerer Zeit vorhersehbar gewesen und dies sei der Polizeileitung auch mitgeteilt worden. Wie kann das sein? Wie kann es sein, dass solange die Augen verschlossen werden, bis 120 Stellen unbesetzt sind? Die Verantwortung, dass es so weit gekommen ist, liegt bei Regierungsrätin Stephanie Eymann als Departementsvorsteherin des JSD. Wie glaubhaft kann sie behaupten, nah am Personal zu sein, aber trotzdem fast vier Jahre und einen solchen Bericht benötigen, um die zugrundeliegenden Probleme zu erkennen? Felix Wehrli zumindest schien nicht überrascht zu sein über den Inhalt des Berichts. War die Departementsleiterin also doch nicht genug nah dran oder vielleicht schlicht zu nah, um die strukturellen Probleme wirklich zu erkennen? Um solche Fragen zu klären, müssen wir nun eine politische Aufarbeitung voranbringen. Wer wusste wann was. Wie konnte es passieren, dass die Departementsleiterin erst mit diesem Bericht der Grundsätzlichkeit der Probleme bewusst wurde?

Eine PUK ist das richtige Mittel dafür. Während der Bericht Schefer die strukturellen Probleme innerhalb der Polizei untersuchte, muss der Auftrag einer PUK der politischen Aufarbeitung dienen. Wer die aktuelle Situation bei der Polizei



möglichst schnell verbessert sehen möchte, wer verhindern möchte, dass wir als Kanton wieder in eine vergleichbare Situation geraten, wer für die Erreichung dieser Ziele an einer grundsätzlichen und gründlichen politischen Aufarbeitung interessiert ist, wird die Forderung nach einer PUK unterstützen.

Die im Bericht genannten Massnahmen müssen möglichst schnell überprüft werden, um das Vertrauen der Angestellten in ihren Arbeitgeber wieder zu stärken, aber auch, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Polizei wieder zu stärken. Dazu braucht es mittelfristig tiefgreifende Anpassungen in der Struktur der Polizei. Zentral ist, dass die jetzt auf dem Tisch liegenden Ergebnisse ernstgenommen werden und als Basis für grundlegende Veränderungen dienen, oder wie es im Bericht selbst steht, es braucht einen markanten Kulturwandel. Und hierbei sollen sämtliche Aspekte des Berichts angeschaut werden. Denn was mich schon ein wenig erschreckte ist, dass, kaum ist der Bericht erschienen, die darin beschriebenen strukturellen Probleme von Sexismus und Rassismus als Einzelfälle abgetan werden. Meine lieben Kollegen, und ich spreche hier bewusst nur um einen männlichen Kollegen an, weil es nur Männer waren, die sexistisches Verhalten umgehend als Einzelfälle abtun wollten: Es wird beschrieben, wie mit derber Terminologie über weibliche Geschlechtsteile über Frauen gesprochen wird, auch auf der Stufe von Vorgesetzten. Es wurde über ein Begrüssungsritual mit Küssen jenseits des üblichen berichtet. Das ist kein Einzelfall, was hier beschrieben wird. Es ist ein Ritual. Gleiches zeichnet sich ab beim Umgang mit Rassismus. So würden strukturelle Mechanismen fehlen, welche Polizist:innen darüber unterstützen würden, die Entstehung negativer Stereotypen zu verhindern. Die problematische Verhaltensmuster würden vielmehr sogar toleriert. Massnahmen gegen die Entwicklung rassistischer Vorstellungen seien gemäss Bericht nicht genügend strukturell eingebettet. Das geht aus den Aussagen der Polizist:innen hervor.

Ich appelliere also daran, dass der gesamte Bericht ernstgenommen wird, er als Grundlage für Veränderungen dient und Regierungsrätin Stephanie Eymann endlich ihre Verantwortung übernimmt, um die Personalsituation bei der Polizei in den Griff zu bekommen und den notwendigen Kulturwandel einzuleiten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich erlaube mir an dieser Stelle den Hinweis, dass wir heute nur beschliessen über den Bericht der Finanzkommission und des Regierungsrates und nicht über andere Berichte oder Forderungen, die aber natürlich damit in Zusammenhang stehen. Nächster Sprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion kann jetzt schon nicht ganz stehenlassen, was Nicola Goepfert hier gebracht habe. Es ist eine sehr spannende Strategie von rot-grün. Ihre Kritik an der Regierung und an den einzelnen Regierungsräten beschränkt sich immer dort, wo bürgerliche Regierungsräte in der Verantwortung sind. Wo war Ihre Kritik beim Präsidentsdepartement, als es um das Historische Museum ging, wo war Ihre Kritik beim Bau- und Verkehrsdepartemen, als Hanspeter Wessels hier mehrere Fauxpas abgeliefert hat? Dort haben Sie sich immer schön in Grenzen gehalten mit der Kritik und jetzt benutzen Sie hier diesen Polizeibericht, um einseitig Stimmung gegen Regierungsrätin Stephanie Eymann zu machen. Das ist mit Verlaub etwas billig.

Und Nicola Goepfert, Sie haben den Bericht gar nicht vollständig zitiert. Im Bericht steht nämlich auch, dass ein grosser Teil bei der Polizei Probleme damit hat, dass die Linken insbesondere in diesem Parlament die Polizei derart stark kritisiert. Es waren die Polizisten vor dem Rathaus, die verbal angegriffen wurden von gewissen Grossrätinnen und Grossräten, wahrscheinlich nicht aus dem SVP-Lager. Das steht auch in diesem Bericht und das haben Sie hier unterschlagen. Das ist auch ein grosses Problem, dass die Akzeptanz gegenüber dem Polizeiberuf in diesem Parlament nach jeder Demonstration konstant abnimmt und einseitig die Schuld bei der Polizei gesucht wird. Wenn ich am Samstag als Polizist an einer Demonstration teilnehmen muss, ich von Linksextrem mit Steinen beworfen werde und drei Tage später im Parlament nur einseitig die Schuld bei der Polizei gesucht wird und nicht bei diesen linksextremen Chaoten, dann ist das der Hauptfehler, den wir hier in der parlamentarischen Debatte haben. Nehmen ist das bitte auch einmal zur Kenntnis, dass die Wertschätzung des Polizeiberufes hier in diesem Parlament in den letzten Jahren massiv gelitten hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein Einzelvotum gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe den Artikel in der Basler Zeitung gelesen. Wir reden zum Thema Polizei und da war eine ganze Seite eine Chronik des Scheiterns. Es ist spannend, ich kann das nur empfehlen. Ich möchte doch noch ein paar Sachen sagen, die mich im Zusammenhang mit der Polizei beschäftigen.

Es heisst immer, es gibt zu wenig Leute bei der Polizei, aber ich möchte Ihnen sagen, das ist ein Märchen. Ich trinke nicht, ich rauche nicht, mein einziges Hobby ist Osteuropa, wo ich meine Wurzeln habe. Aber dass man immer sagt, man habe zu wenig Polizisten in Basel-Stadt, das stimmt nicht. Und ich muss eindrücklich als Grossrat die Polizei warnen, dass man mich eindeckt mit Phantasieanzeigen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, es geht nicht um Sie, es geht nicht um Ihre persönlichen Fälle. Bitte sprechen Sie zum Thema.

Eric Weber (Fraktionslos): Das ist ein Beispiel. Sie wissen, ich bin verankert in Kleinbasel und ich habe ja die Interpellationen eingegeben. Es geht nicht, dass man die parlamentarische Opposition fertig macht. Mein Vorredner Pascal Messerli hat richtig gesagt, die Polizisten sind vor dem Rathaus angegriffen worden. Ich komme zum Schlusssatz: Ich finde es nicht anständig, wenn man die Polizei anruft, wenn vor dem Rathaus Chaos ist und es kommt keine Polizei und es heisst, es sei ein Missbrauch des Notrufs. Ich danke Ihnen und ich werde mir das merken und komme mit Tausenden von Flugblättern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an den Präsidenten der Finanzkommission Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich danke für die anregende Debatte zum JSD. Es geht tatsächlich um die Rechnung 2023, aber Sie haben natürlich völlig recht, wir haben diesen Widerspruch auch im Bericht aufgeführt, dass wir einerseits diesen hohen Unterbestand haben im gesamten Departement, nicht ausschliesslich bei der Kantonspolizei, und gleichzeitig trotzdem der Personalaufwand 3 Prozent über Budget liegt. Das ist auch der Finanzkommission aufgefallen und wir haben auch deshalb kritisch nachgefragt bei der zuständigen Departementsvorsteherin, beim Departement und haben uns hierzu auch Erklärungen geben lassen.

Wir sind, wie wir es auch im Bericht festgehalten haben, schon der Meinung, dass im Budget jeweils die Realität abgebildet werden sollte und dass nicht mit einem Unterbestand quasi die Realität abgebildet werden sollte, sondern mit dem tatsächlichen Sollbestand, den wir erwarten. Das wird sicher eine Diskussion werden, die wir dann wahrscheinlich mit dem JSD und mit der gesamten Regierung im Rahmen der Budgetberatung 2025 führen werden müssen. Wir sind da selbstverständlich als Finanzkommission ebenfalls am Ball.

Zu den Ausführungen zu Berichten, die im Laufe des Jahres noch veröffentlicht wurden, geben wir natürlich als Finanzkommission keine Antwort. Was wir einfach feststellen können, wir sind mit dem JSD, mit dem zuständigen Polizeikommandanten auch seit einigen Jahren im Rahmen der Hearings zur Rechnung und zum Budget in Kontakt. Wir haben uns im letzten Jahr auch intensiv mit der Polizei auseinandergesetzt, als wir als Finanzkommission diese Arbeitsmarktzulage auch diskutiert und besprochen haben. Und wir können nun immerhin feststellen, dass die Arbeitsmarktzulage dazugeführt hat, dass es nicht, ich sage es jetzt etwas plump, noch schlimmer ist mit dem Unterbestand. Also wir sehen, dass diese Arbeitsmarktzulage einen Effekt hat, aber es wurde auch damals schon von der Regierung, aber auch von uns als Finanzkommission gesagt, dass diese Arbeitsmarktzulage nicht das einzige Puzzleteil ist, bei dem es anzusetzen gilt, sondern es braucht verschiedene Massnahmen und deshalb hat ja auch der Regierungsrat diese RR Del Arbeitsplatzattraktivität ins Leben gerufen mit den vor allem auch zuständigen oder verantwortlichen Regierungsräten, die das gesamtkantonal anschaut und selbstverständlich aber eben auch in Bezug auf die Kantonspolizei. Deshalb ist meines Wissens auch Regierungsrätin Stephanie Eymann Teil dieser RR Del. Sie nickt und stimmt mir zu. Dieses Thema ist selbstverständlich auch bei der Regierung adressiert und die Finanzkommission wird auch hier selbstverständlich gespannt sein, welche Resultate bekannt und dann allenfalls auch Massnahmen seitens des Regierungsrates getroffen werden.

Die Situation bei der Kantonspolizei, was den Unterbestand und die ganze Diskussion über den Lohn betrifft, ist eine Diskussion, die aber nicht ausschliesslich mit dem JSD geführt werden muss, sondern die muss auch mit dem Finanzdepartement geführt werden. Ich sage das wertneutral, weil die Lohnstruktur, das Lohngesetz und die gesamten Diskussionen über Lohnklassen und Stufen auch jeweils zwischen dem Fachdepartement und dann eben auch dem zentralen Personaldienst geführt werden muss. HRBS ist beim Finanzdepartement angesiedelt, deshalb ist dies am Schluss des Tages eben auch eine Aufgabe des gesamten Regierungsrates, das anzuschauen, sowohl bei der Kantonspolizei aber allenfalls eben auch in anderen Bereichen.

Wir haben das als Finanzkommission schon mehrfach adressiert, dass es diese Arbeitskraftmangelsituation auch an andere Stellen gibt. Beim Erziehungsdepartement haben wir das entsprechend auch schon erwähnt mit den Situationen an den Schulen, aber auch in anderen Bereichen, und deshalb braucht es hier wahrscheinlich ein umfangreiches Paket an verschiedenen Stellen, und deshalb ist aus unserer Sicht diese RR Del sicherlich der richtige Ort, es ist uns aber auch klar, dass natürlich besonders dieser Punkt beim JSD allen ins Auge gesprungen ist und der Finanzkommission war es wichtig, dies möglichst sachlich auch im Bericht festzuhalten, dass dies ein gewisser Widerspruch eben ist.

Ein einziger Punkt, den ich nicht abschliessend beantworten kann, wurde von Mahir Kabakci angesprochen. Wir sind hier im Bericht tatsächlich sehr kurz geblieben, zum Spiegelhof und der Verzögerung, die jetzt auch unter anderem mit der Europameisterschaft im Fussball der Frauen begründet wird. Hier habe ich im Kopf, dass es da auch um diese Redundanz geht und um zusätzliche Fragen der Möglichkeiten, in einer Gefahrenlage richtig und adäquat zu handeln, während diese Europameisterschaft stattfindet. Und hier will man eben bewusst auch keine Risiken eingehen mit einer kurzfristigeren Umstellung innerhalb des Spiegelhofs. Das war gemäss meiner Erinnerung der Grund, weshalb diese Europameisterschaft



der Frauen jetzt auch einen Einfluss hat auf die Verzögerung der Sanierung oder der Instandsetzung des Spiegelthofs. Diese Instandsetzung, die Sanierung, die hohen Kosten die Verzögerung haben wir bereits in einem frühen Bericht moniert und an dieser Kritik halten wir selbstverständlich fest.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie wurde angesprochen und hat jetzt das Wort, Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Vielleicht zuerst zum Teil, der zuletzt vom Präsidenten der Finanzkommission angesprochen wurde, zum Spiegelhof. Was Sie differenzieren müssen, ist die Instandstellung des Bestehungsbaus des Spiegelthofs, alle Bürogebäude und den Neubau der Einsatzzentrale. Das sind zwei verschiedene Projekte. Die Finanzkommission redet in ihrem Bericht von der Inbetriebnahme der Einsatzzentrale und das hat eine Abhängigkeit erstens mit der Beschaffung, dass gewisse Teile nicht lieferbar waren, aber auch damit, dass wir einen Grossanlass zu stemmen haben nächstes Jahr, mit der mit der Women's Euro. Wir hatten einen vergleichbaren Fall am Zionistenkongress. Da wollten wir eigentlich plangemäss die Einsatzzentrale Rettung in Betrieb nehmen und mussten die ebenfalls verschieben. Denn Sie können nicht sozusagen am offenen Herzen operieren, während ein Grossanlass läuft. Also Sie können nicht vollständig die Systeme umhängen in der neuen Umgebung, wenn praktisch parallel hier ganz viele Sicherheitsfragen zu stemmen sind. Und das gibt die Verzögerung. Es geht nicht wirklich um die Instandstellungsfragen baulicher Art und Weise. Da sind wir in einer Abhängigkeit, die wir bereits kennen, von der wir aber auch wissen, dass es zu Verzögerungen führt.

Obwohl ich nicht hier an dieser Stelle auf den Bericht Schefer eingehen möchte, möchte ich noch ein Wort sagen. Ich denke, dass wir ein Problem haben bei der Kantonspolizei, das ist mir als Departementsvorsteherin, im Departement selber aber auch Ihnen sicher schon länger bekannt. Also ich rede nicht das erste Mal von diesen Personalabgängen. Natürlich haben wir in einer ersten Phase geschaut, woran da liegen könnte. Wir haben selbstverständlich uns erkundigt, was die Gründe für die Abgänge sind. Naheliegend war da, zuerst das Lohnniveau mal grundsätzlich anzuschauen, weil das auch ein häufiger Grund war, der genannt wurde. Wir haben die Arbeitsmarktzulage gesprochen, haben dann sehr deutlich gemerkt, dass sie nicht alleine wirkt oder nur kurzfristig gewirkt hat. Das ist, wie wenn Sie ein Schmerzmittel geben und nicht wissen, was überhaupt die Diagnose ist, was der Grund des Schmerzes ist.

Die Analyse Schefer war wie der zweite Punkt. Wohlverstanden, das geht jetzt etwas unter in der politischen eine Debatte, wie wurde in Auftrag gegeben vom Kommandanten. Wir reden nicht von einem GPK-Bericht, der jetzt vorliegt und mir praktisch den Spiegel vorhält und sagt, jetzt haben sie das rausgefunden, sondern es war mitunter der Grund, den Anspruch zu haben, zu wissen, was ist wirklich die Sachlage, in voller Transparenz. Sie wissen das. Letzten Freitag haben Sie alle und ich gleichzeitig diesen Bericht gesehen, unter anderem eben auch, um dieses Vertrauen auch zu stärken, dass wir nicht Berichte in Auftrag geben, die nachher irgendwo dann schön gefärbt werden.

Ja, es ist nicht schön. Ich habe mehrfach in den Medien gesagt, es ist besorgniserregend. Es hat mich erschreckt, ich finde es verheerend. Und selbstverständlich werde ich diesen Bericht mehr als ernst nehmen und in einer deutlichen Schnelligkeit jetzt auch die Analyse so fortführen, dass wir die Massnahmen aufgleisen. Aber es ist auch selbstredend, dass da nicht nur Massnahmen drin sind, die einfach mit einem Kippschalter über Nacht zu lösen sind. Wenn Sie kulturelle Themen ansprechen, Nicola Goepfert, dann muss ich Ihnen sagen, das ist nicht nur in der Polizei so, das gibt es in vielen Bereichen. Das braucht Zeit. Es braucht die richtige Richtung und es braucht sie schnell. Aber es ist nicht einfach per Sofortmassnahme lösbar. Und dass wir und ich insbesondere diese Stossrichtung jetzt definitiv einschlagen, ist selbstverständlich.

Ich habe diesen Bericht genau wie wie Sie letzten Freitag auf dem Tisch gehabt. Es muss erlaubt sein, jetzt in einer kurzen zweiten Phase, nachdem ich ein erstes Mal Auskunft gegeben habe, die nötigen Massnahmen auch aufzugleisen und sie seriös zu prüfen. Alles andere wäre eine Kommunikation über Grossen Rat und Medien gesteuert, was auch meinen Mitarbeitenden nicht gerecht wird, denn es haben sich doch 372 Leute gemeldet, haben Auskunft gegeben. Und ich bin sehr dankbar, dass sie das gemacht haben. Und ich finde, es ist auch ein Zeichen der Führung, dass man die Kommunikation auch intern zuerst bewirtschaftet, bevor man dann nach aussen geht. Das hat auch damit zu tun, dass auch Personen angesprochen sind in diesem Bericht. Wir haben jetzt diese Seite auf dem Tisch. Ich bin auch schuldig, dass ich die Gegenseite oder die andere Seite ebenfalls höre. Wir sind noch unter Wochenfrist und Sie können davon ausgehen, dass ich sehr zeitnah wieder kommunizieren werde und alles in meiner Macht Stehende tun werde, dass die Polizei wieder auf gesunde Beine kommt. Denn das sind wir unserer Bevölkerung schuldig, das bin ich meinen Mitarbeitenden schuldig und überhaupt der Sicherheit in diesem Kanton.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zum Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Seite 47 des Berichts der Finanzkommission. Wünscht Regierungsrat Kaspar Sutter das Wort? Er verzichtet. Der Präsident der Finanzkommission verzichtet ebenfalls. Es liegen keine Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde wird wieder verzichtet.

Wir kommen zu den Gerichten, Seite 50 des Berichts der Finanzkommission. Wünscht Stephan Wullschleger das Wort? Er verzichtet. Alle anderen verzichten ebenfalls.



Wir kommen zu Behörden und Parlament, Seite 53 des Berichts der Finanzkommission. Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zum Budget des Regierungsrats, Seite 53 des Berichts der Finanzkommission. Auch hier wird das Wort nicht gewünscht.

Damit ist die Detailberatung des Berichts der Finanzkommission abgeschlossen. Wir kommen noch zur Detailberatung des Mitberichts der Bildungs- und Kulturkommission. Globalbudget Musee, Seite 4 des Berichts. Franziska Roth, die Präsidentin der BKK, verzichtet, Regierungsratspräsident Conradin Cramer verzichtet ebenfalls und auch sonst hat sich niemand gemeldet für eine Wortmeldung.

Wir kommen damit zum Grossratsbeschluss zur Jahresrechnung 2023 und zur Schlussabstimmung über die Jahresrechnung. Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat, die Jahresrechnung 2023 des Kantons Basel-Stadt, bestehend aus der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung sowie der Bilanz per Ende letzten Jahres zu genehmigen. Die Geldflussrechnung, der Eigenkapitalnachweis und der Anhang zur Jahresrechnung werden ebenfalls genehmigt.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zur Jahresrechnung 2023, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003763, 26.06.24 11:24:28]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Jahresrechnung 2023 des Kantons Basel-Stadt wird wie folgt genehmigt:

Erfolgsrechnung 2023

Betriebsergebnis Fr. 204'265'017

Finanzergebnis Fr. 229'385'823

Gesamtergebnis Fr. 433'650'840

Bilanz per 31. Dezember 2023

Finanzvermögen Fr. 7'907'318'187

Verwaltungsvermögen Fr. 6'317'455'693

Aktiven Fr. 14'224'773'880

Fremdkapital Fr. -7'455'423'264

Eigenkapital Fr. -6'769'350'616

Passiven Fr. -14'224'773'880

Investitionsrechnung 2023

Ausgaben Fr. -460'893'935

Einnahmen Fr. 40'157'304

Saldo Investitionsrechnung Fr. -420'736'632

Die Geldflussrechnung 2023, der Eigenkapitalnachweis per 31. Dezember 2023 und der Anhang zur Jahresrechnung 2023 (gemäss Kapitel 4.4 bis 4.6 des Jahresberichts 2023) werden genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Jahresrechnung ist angenommen, es liegen 92 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme und keine Enthaltungen vor.

4. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2023 des Regierungsrats

[26.06.24 11:24:40, 24.5201.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Geschäftsprüfungskommission beantragt, die Jahresberichte des Regierungsrates, des Gerichtsrates und der Gerichte zu genehmigen. Ausserdem beantragt sie, ihre Empfehlungen und Erwartungen zu den vorliegenden Berichten in zustimmendem Sinne zur Kenntnis zu nehmen und ihren Bericht zu genehmigen. Die Sachkommissionen des Grossen Rates haben auf eine schriftliche Stellungnahme zum Jahresbericht verzichtet.

Ich erläutere Ihnen, wie wir in diesem Geschäft vorgehen. Es ist sehr ähnlich wie beim Bericht der Finanzkommission. Zuerst erfolgt eine allgemeine Debatte über den Bericht und den Jahresbericht des Regierungsrats, in welcher zunächst der Präsident der Geschäftsprüfungskommission, der bereits Platz genommen hat, das Wort erhält. Anschliessend sprechen die Präsidien allfälliger Sachkommissionen, sofern sie das Wort wünschen, was nicht zu erwarten ist. Dann erhalten der Vorsitzende des Gerichtsrates und der Vorsteher des Regierungsrates, also der Regierungspräsident, das Wort, anschliessend die Fraktionen wieder mit je maximal zehn Minuten und die Einzelvotierenden mit fünf Minuten. In umgekehrter Reihenfolge geht es dann zurück mit den Schlussworten. Nach dem Eintreten folgt eine departementsweise Detailberatung. Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des Grossratsbeschlusses auf Seite 61 des Berichts der GPK und die Schlussabstimmung.

Wünschen Sie zu diesem Vorgehen das Wort? Dann machen Sie sich laut bemerkbar. Das ist nicht der Fall. Der Grosse Rat beschliesst stillschweigend, wie von mir vorgeschlagen vorzugehen. Nun kommen wir zur allgemeinen Debatte. Für die GPK geht das Wort an Tim Cuénod, den Präsidenten der Kommission.

Tim Cuénod (SP): Zum ersten Mal habe ich die Freude und Ehre, an dieser Stelle einiges zum Jahresbericht des Regierungsrates und damit auch zu unserem eigenen GPK-Jahresbericht sagen zu dürfen. Auch in diesem Jahr hat Ihnen die Geschäftsprüfungskommission zum einen einen Überblick über unsere Tätigkeiten gegeben, und zum anderen sind wir auf den Jahresbericht des Regierungsrates eingegangen.

Wie Sie unserem Bericht entnehmen konnten, ist die Form des Jahresberichtes von Regierung und Verwaltung einer der Punkte, den wir monieren. Der Jahresbericht gibt einen umfassenden Überblick über die Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung, aber je nach Departement, je nach Dienststelle und Amt ist der Charakter dieses Berichtes ein sehr unterschiedlicher. Manche handeln aus unserer Sicht insofern vorbildlich, als dass sie nicht nur die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit benennen, sondern auch auf die grössten Probleme und Herausforderungen und Probleme bei ihrer Tätigkeit eingehen und erläutern, wie sie mit diesen Problemen und Herausforderungen umgegangen sind und welche Massnahmen sie ergriffen haben. Bei anderen Dienststellenabteilungen, ja zum Teil auch ganzen Departementen, hat man hingegen eher den Eindruck, dass sie den Jahresbericht als eine Art grosse Werbebroschüre betrachten und in erster Linie darum bemüht sind, die eigenen Tätigkeit in einem möglichst guten, günstigen Licht darzustellen. Sie gehen nur sehr am Rand und überhaupt nicht auf die Probleme ein, die uns, der Geschäftsprüfungskommission aufgrund von Medienberichten, Hearings und uns zugestellten Berichten von Ombudsstelle, Finanzkontrolle und so weiter sehr wohl bekannt sind. Wir wünschen uns diesbezüglich ganz klar die Schaffung gewisser einheitlicher Standards, was den Jahresbericht anbelangt und wir sind entschieden der Ansicht, dass der Jahresbericht ein Rechenschaftsbericht sein sollte und kein Werbeprospekt. Wir haben bewusst auf die Nennung der Erläuterung konkreter Beispiele dafür verzichtet, welche Abteilung oder Departemente nun eher den Charakter eines Rechenschaftsberichts zu füllen und welche nicht. Falls sich allerdings diesbezüglich wenig ändert, werden wir in den kommenden Jahren sehr wohl konkrete Beispiele nennen und auf sie eingehen.

Werbeprospekte oder Rechenschaft, das ist auch das Thema bei einem anderen sehr wichtigen Dokument des Regierungsrates, in dem dieser letztlich die übergeordneten Grundlagen seiner Politik festlegt, nämlich dem Legislaturplan und den Legislaturzielen. Dieser Legislaturplan wird bekanntlich vom Regierungsrat in den ersten Monaten einer neuen Legislatur erarbeitet und im Grossen Rat und der Öffentlichkeit präsentiert. Zu Beginn der aktuellen Legislatur hat der Regierungsrat drei Schwerpunkte, sechs Legislaturziele sowie insgesamt 46 sogenannte Massnahmen definiert. Bevor man in der nächsten Legislatur wieder einfach neue Legislaturschwerpunkte, Ziele und Massnahmen festlegt, erwarten wir eine Bilanzierung des jetzigen Legislaturplans 2021 bis 2025, das heisst, der Regierungsrat soll darlegen, wie es um die drei Schwerpunkte steht, um die sechs Legislaturziele und welche der 46 Massnahmen wie gut umgesetzt werden konnte.



Insbesondere soll natürlich darauf eingegangen werden, wenn es Massnahmen gibt, die aus vielleicht guten Gründen nicht oder nur teilweise umgesetzt worden sind.

Uns als GPK ist wie gesagt wichtig, dass auch der Legislaturplan kein Werbeprospekt ist. Als Oberaufsichtskommission, aber auch wir als Grosser Rat insgesamt und eine breite Öffentlichkeit haben zudem das Recht zu erfahren, wie und mit welcher Konsequenz der Regierungsrat seine selbst festgelegten Ziele verfolgt hat und wie er beim Auftreten von Problemen mit diesen umgegangen ist. Denn Regierungsrat und Verwaltung sollen nicht nur über ihre aktuelle Tätigkeit Rechenschaft ablegen, sondern auch Rechenschaft über ihre mittel- und langfristigen Ziele und dabei erzielte Erfolge und Misserfolge. Regierungshandeln muss objektiv nachvollziehbar und auf Grundlage möglichst konkreter Zielwerte und Indikatoren zumindest ein Stückweit auch transparent bewertbar sein. Daher braucht es eine offene und ehrliche Bilanzierung einer Legislatur, bevor man in einem schönen, neuen Prospekt, und der darf durchaus schön sein, einfach wieder neue Legislaturschwerpunkte, Ziele und Massnahmen definiert.

Als Geschäftsprüfungskommission stehen wir als nebenberuflicher Milizpolitikerinnen und -politiker einer grossen professionellen Verwaltung und ausgelagerten Betrieben gegenüber. Wichtig für die parlamentarische Oberaufsicht ist die tägliche Zusammenarbeit mit den sogenannten Kleeblattdiensten, die nicht der Verwaltungshierarchie und dem Regierungsrat unterstehen, sondern uns als Parlament. Es handelt sich dabei um die Ombudsstelle, dem oder eben jetzt neu die Datenschutzbeauftragte und die Finanzkontrolle. Von der Finanzkontrolle erhalten wir regelmässig Berichte über ihre Untersuchungen und haben auch die Kompetenz, ihr konkrete Aufträge zu erteilen. Die Qualität der Arbeit der Finanzkontrolle lässt sich sehen. Von grossen Teilen der öffentlichen Verwaltung wird die Finanzkontrolle und ihre Empfehlung auch sehr ernstgenommen. Es kommt jedoch vor, dass Empfehlungen und Forderungen der Finanzkontrolle nicht Folge geleistet wird und in sogenannten Follow up-Berichten, die genau gleichen schweren Versäumnisse und Mängel benannt werden, die auch ein oder zwei Jahre zuvor beanstandet worden sind. Dies ist aus Sicht der Geschäftsprüfungskommission stossend, ja inakzeptabel. Es ist uns daher wichtig, den Empfehlungen und Forderungen der Finanzkontrolle mehr Nachdruck zu verleihen. Konkret heisst dies, dass wir einen gewissen Automatismus einführen möchten, wenn es in sogenannten Follow up-Berichten zu schweren Beanstandungen kommt, dann sollte es automatisch zu einem Hearing kommen. Verstehen Sie uns nicht falsch, natürlich kann es strittige Punkte geben zwischen Regierung und Finanzkontrolle, und auch die Finanzkontrolle kann sich irren. Auch handeln wir als Geschäftsprüfungskommission grundsätzlich mit einer gewissen Gelassenheit. Wenn Fehler zu Tage treten, dann ist das nicht unbedingt dramatisch. Es lässt sich sogar sagen, dass Departemente und Abteilungen, in denen viel gearbeitet wird und in denen der Anspruch vorhanden ist, etwas zu verändern, vielleicht mehr Fehler geschehen, als in Abteilungen, in denen man einer ruhige Kugel schiebt. Entscheidend ist daher die Fehlerkultur. Versucht man Fehler zu verschleiern und versucht man Missstände unter den Teppich zu kehren oder legt man solche offen, analysiert die bestehenden Probleme ernsthaft und trifft die notwendigen Massnahmen, diese Probleme zu beheben?

Ein ganz konkretes Beispiel dafür, dass Berichte der Finanzkontrolle nicht zu den notwendigen Massnahmen geführt haben und bei denen uns sehr besorgniserregende Follow up-Berichte zugestellt worden sind, betrifft den Bereich der Cybersicherheit in mehreren Departementen. Eines davon ist das Erziehungsdepartement, was hier wohl wenig überraschen wird. Der ganze Fragekomplex IT-Sicherheitsarchitektur und der Cybersecurity bildete aus gutem Grund ein Schwerpunkt unseres diesjährigen Jahresberichtes, und ich kann Ihnen sagen, dazu gab es nicht nur viel mediale Resonanz, sondern es ist auch der Punkt, auf den ich Ende zumindest am meisten Rückmeldungen erhalten habe, positiver Art im Sinne davon, dass auch viele IT-Fachleute gesagt haben, endlich schaut da jemand mal wirklich genau hin.

Cybersecurity ist aus Sicht der Geschäftsprüfungskommission nicht einfach eine lästige Pflicht. Der Staat darf nicht Erpressungsversuchen von kriminellen Organisationen oder gar Sabotage- und Manipulationsversuchen schutzlos ausgeliefert sein. Der Erpressungsversuch beim Erziehungsdepartement sowie das Auftauchen vertraulicher Schülerdaten im Darknet hat gezeigt, wie verwundbar auch unser Kanton ist und dass es bei dieser Thematik in der kantonalen Verwaltung gewisser Änderungen bedarf. Deswegen haben wir als Geschäftsprüfungskommission einige sehr konkrete Forderungen formuliert. Es muss die gesamtkantonale Sicherheitsarchitektur gestärkt werden. Es braucht einen Ausbau der personellen Ressourcen und genügend attraktive Löhne und Arbeitsbedingungen, damit das notwendige qualifizierte Personal gefunden werden kann. Und schliesslich ist vor allem entscheidend, dass IT BS als wichtigster Beauftragter für die Informationssicherheit gegenüber der ganzen kantonalen Verwaltung gestärkt wird. Konkret braucht es eine Weisungsbefugnis in Fragen der IT-Sicherheit.

In diesem Sinne plädieren wir im ganzen Feld der Informatik und insbesondere in der Informatiksicherheit ganz klar dafür, dass es mehr Zentralisierung braucht und gewisse einheitliche Mindeststandards in der ganzen kantonalen Verwaltung umgesetzt werden. Wir sind der Meinung, dass in diesem Feld auch gewisse Synergieeffekte möglich sind, gerade auch bei der Beschaffung. Wir versprechen uns davon noch mehr Wirksamkeit bei der Festlegung und Umsetzung von IT-Projekten, denn zwei Tatsachen lassen sich kaum bestreiten. Erstens werden in den letzten Jahren die Budgets für IT-Projekte selten ausgeschöpft und zweitens gibt es eine ausserordentlich hohe Zahl an IT-Projekten, von denen aber wiederum sehr viele nicht umgesetzt werden. Da stellt man sich schon die Frage, ob in diesem Feld weniger nicht mehr wäre, ob es nicht sinnvoller wäre, sich bescheidenere Ziele zu setzen und stärker darauf hinzuwirken, dass Projekte auch tatsächlich erfolgreich umgesetzt werden können.



Wir machen uns da auch keine Illusionen. Einen hohen Anteil an gescheiterten IT-Projekten gibt es auch in anderen Städten und Kantonen und auch in vielen Unternehmen der Privatwirtschaft. Und die kantonale Verwaltung darf auch experimentieren und Neues wagen. Aber wir sind der festen Überzeugung, dass durch mehr Zentralisierung und eine sorgfältige Priorisierung und Planung eine höhere Volksquote und damit auch mehr tatsächliche Digitalisierung möglich ist. Wir haben Ihnen ja zu dieser Thematik auch schon eine Kommissionsmotion eingebracht.

Cybersicherheit ist nach Ansicht der Geschäftsprüfungskommission auch eine zentrale Aufgabe für die neue Datenschutzbeauftragte, denn es sollte deren Aufgabe sein, dafür zu sorgen, dass vertrauliche Daten nicht nur theoretisch, sondern auch tatsächlich geschützt sind. Dafür braucht es ohne jeden Zweifel mehr Ressourcen bei der Datenschutzbeauftragten.

Mehr personelle Ressourcen braucht es auch an anderer Stelle. Dabei müssen allerdings keine neuen Stellen beschlossen werden, sondern alles getan werden, um dem Personalunterbestand entgegenzuwirken. Wir haben heute schon viel geredet über die Situation bei der Kantonspolizei. Der GPK macht insbesondere die hohe Zahl an Vakanz bei der Kapo grosse Sorgen. Dieser Unterbestand führt dazu, dass die Polizistinnen und Polizisten, die noch vorhanden sind – gerade im Aussendienst gibt es ja besonders viele Vakanz - noch stärkeren Belastungen ausgesetzt sind. Dies gilt ganz besonders am Wochenende, an denen besonders viele Demonstrationen und Fussballspiele stattfinden und an denen gerade in der Stadt deutlich mehr los ist.

Wir hatten ja schon im letzten Monat im Grossen Rat eine ausführliche Diskussion zum personellen Unterbestand bei der Kantonspolizei und zur Frage, wie die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber für Polizistinnen und Polizisten erhöht werden könnte. Seit der Publikation unseres Berichts ist ja nun auch der Bericht von Professor Schefer zum Zustand der Kantonspolizei und den vielen Abgängen veröffentlicht wurden. Unabhängig von der Frage, wie man nun die Lohnsituation und die internen Missstände bei der Kantonspolizei beurteilt oder beurteilen wird, ist eines klar: Der grosse Unterbestand verschärft natürlich viele der vorhandenen Probleme und es wird starker Massnahmen bedürfen, um eine Abwärtsspirale beim Personalbestand zu entkommen. Als kurzfristige Sofortmassnahme wurde ja mit Zustimmung des Grossen Rats bereits die befristete Arbeitsmarkt Zulage für Polizistinnen und Polizisten beschlossen und eingeführt. Diese Arbeitsmarktzulage ist allerdings auf maximal drei Jahre beschränkt. Es braucht aus unserer Sicht der GPK auf jeden Fall eine Ablösung dieser Arbeitsmarktzulage und damit eine definitive Festschreibung der bereits stattgefundenen Lohnerhöhung.

Es scheinen sicher alle einig zu sein, dass es mit einem guten Lohn allein nicht getan ist. Der Sicherstellung der Erholung an Wochenenden und der besseren psychologischen Betreuung der stark belasteten Polizistinnen und Polizisten kommt dabei aus Sicht der GPK eine entscheidende Bedeutung zu. Auch muss die Kantonspolizei ein moderner attraktiver Arbeitgeber sein. In diesem Kontext ist es unter anderem wichtig, die Angebote bei Kinderbetreuung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Alle Jahre wieder und auch in diesem Jahr hat sich die Geschäftsprüfungskommission intensiv mit dem Bau- und Gastgewerbeinspektorat auseinandergesetzt. Die neuesten Erkenntnisse in Form des vom Schweizerischen Ingenieur- und Architektenverbandes SIA-Sektion Basel veröffentlichten Umfrageberichts konnten im vorliegenden Bericht nicht mehr berücksichtigt werden. Die Architektinnen und Ingenieure kritisierten dabei insbesondere die mangelnde Verbindlichkeit aussagen des BGI und insbesondere wurden auch der Koordinationsleistung des BGI sehr schlechte Noten gestellt.

Unsere Empfehlung als GPK in Bezug auf das Bau- und Gastgewerbeinspektorat, die wir ja wie gesagt in Unkenntnis dieser Umfrageergebnisse formuliert haben, betrifft die folgenden Punkte. Unsere Kommission hat schon im letzten Jahr gefordert, dass die Zahl der internen Weisungen reduziert wird und alle vorhandenen Weisungen, Merkblätter und dergleichen transparent gemacht werden. Auch nach mehreren Hearings im abgelaufenen Jahr ist der Kommission nach wie vor nicht klar, welche Ebenen an Vorschriften es neben dem Gesetz und der zugehörigen Verordnung noch gibt. Und wenn wir von Weisungen reden, dann meinen wir damit auch Merkblätter, Handhabungen und dergleichen. Hier braucht es mehr Transparenz. Das Bau- Gastgewerbeinspektorat ist ein klarer Gewinner der Wohnschutzgesetzgebung, denn dank der rückläufigen Zahl an Sanierungen konnte im vergangenen Jahr der Pendenzenberg ein wenig abgebaut werden. Da gibt es ja auch noch andere Ursachen, das erhöhte Zinsniveau und so weiter. Das beruhigt uns aber natürlich nur sehr bedingt. Beim BGI braucht es ganz klar Vereinfachungen und einen stärkere Kundenorientierung. Immerhin konnte bei den Genehmigungen von öffentlich-rechtlichen Bagatellumbauten Vereinfachungen erzielt werden, zum Beispiel bei den Fragen der Erdbebenertüchtigung, den Wärmepumpen und bei Projektänderungen der Plangenehmigungsverfahren. Die eingeleitete Vereinfachung der Verfahren sollte aber weiter vorangetrieben werden und auch bei privaten Trägerschaften ermöglicht werden.

Das letzte unserer Schwerpunktthemen ist nicht basel-stadtspezifisch. An vielen Orten ist diesen Zunahmen der Menge an schweren Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen zu beobachten. Auch generell nimmt die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit schweren psychischen und psychosozialen Schwierigkeiten deutlich zu. Das wirkt sich auch belastend auf die Schulen aus. Und dass in einer Schulklasse gleich mehrere Schülerinnen und Schüler im Verlauf eines Schuljahresmonate lang wegen psychischer Schwierigkeiten fehlen, ist in der Zwischenzeit durchaus nicht selten. Die Wartelisten für Therapieplätze sind lang und auch in akuten Notfällen ist der Zugang zu psychologischer und psychotherapeutischer Unterstützung oft erschwert.



Die Geschäftsprüfungskommission hat sich beim Erziehungsdepartements über die Analyse der getroffenen Massnahmen erkundigt und erwartet, dass das ED die psychischen und psychosozialen Gesundheitsprävention an den Schulen stärkeres Gewicht einräumt. Insbesondere braucht es zielgerichtete Massnahmen, um einen sinnvolleren, beschränkteren und weniger selbst schädigenden Gebrauch soziale Medien zu fördern.

Nach unserem Sonderbericht zur St. Jakobshalle und den neuesten Erkenntnissen zum Umbau des Naturhistorischen Museums respektive des Staatsarchivs kann man sich fragen, warum jetzt kantonale Bauprojekte in diesem Jahr keinen ausgesprochenen Schwerpunkt in unserem Bericht bildeten. Man kann allerdings davon ausgehen, dass wir nicht nur genau weiter hinschauen werden, sondern auch tatsächlich darauf pochen werden, dass die notwendigen Schlüsse aus den Kostenüberschreitungen und schweren Planungsmängeln gezogen werden.

Erlauben Sie mir schliesslich, ein paar Worte zu einem Thema zu verlieren, das kein Schwerpunkt unseres Jahresberichtes gebildet hat, aber in den Medien in unserem Nachbarkanton hohe Wellen aufgeworfen hat, nämlich die sogenannte Zigeuneraffäre um den Autor Alain Claude Sulzer, die Leiterinnen der Kulturabteilungen in Basel-Landschaft und Basel-Stadt sowie die Literaturkommission beider Basel. Das, was wir dazu in unserem Bericht schreiben, ist sorgfältig recherchiert und sachlich begründet. Mit Blick auf die grosse Zahl an bikantonalen Organisationen ist es ja auch absolut unvermeidlich, sich auch über Handlungen von Regierungsräten und Spitzenbeamten als Nachbarkanton zu äussern, zumindest in Einzelfällen. Hätten wir im vorliegenden Fall die Handlungen der Leiterin der Kulturabteilung unseres Nachbarkantons verschwiegen, so hätten wir zu Unrecht die Leiterin unserer Kulturabteilung belastet. Was aber stimmt ist, dass die gegenseitige Information der Geschäftsprüfungskommission von Grossrat und Landrat auf jeden Fall verbessert werden kann und die Zusammenarbeit verbessert werden muss. Sicher kann manches klarer geregelt werden. Wir freuen uns über den verstärkten Willen zur Zusammenarbeit der Baselbieter GPK unter Leitung ihres ebenfalls noch nicht sehr lang amtierenden Präsidenten Hannes Hänggi. Wir haben in den letzten Monaten schon öfter miteinander besprochen und ich bin sehr zuversichtlich, dass wir in den nächsten Monaten einen klaren Schritt vorwärtskommen werden. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Gerichtsrat hat das Wort Stephan Wullschleger. Er verzichtet. Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsräsident Conradin Cramer.

Regierungsräsident Conradin Cramer: Namens des Regierungsrats möchte ich der Geschäftsprüfungskommission herzlich danken für den Bericht und für die grosse Arbeit, die die GPK nach im vergangenen Jahr geleistet hat. Im einzelnen wird ja der Regierungsrat noch schriftlich Stellung nehmen, entsprechend dürfen Sie nicht mit einem so ausführlichen Votum von mir jetzt rechnen wie dasjenige des GPK-Präsidenten.

Wir stellen fest, dass die GPK dem Regierungsrat, der Verwaltung, den Gerichtsbehörden eine überwiegend gute Arbeit attestiert. Auch dafür möchte ich mich bedanken, wobei mir natürlich auch klar ist, die Bestätigung, dass wir unseren Job grundsätzlich gut machen, ist nicht der primäre Zweck der Arbeit der GPK, im Gegenteil, als Oberaufsicht ist die GPK unsere kritische Begleiterin, sie legt den Finger auf die Punkte, bei denen es eben nicht ganz rund läuft, und auch dafür danke ich der GPK beziehungsweise eben gerade dafür.

Nun klingt das vielleicht ein bisschen komisch, wenn der Vertreter der Gescholtenen sich für die Schelte bedankt, aber ich meine das schon ernst, denn die Zusammenarbeit mit der GPK erlebten wir seitens Regierungsrat als konstruktiv und wir sind auch bereit, Lehren zu ziehen aus Fehlern, die gemacht wurden und die die GPK moniert.

Die GPK gibt uns auch dieses Jahr konkrete Anregungen. Auf einige möchte ich kurz im umfassenden Sinn eingehen. Zunächst zur IT: Die GPK richtet ihr Augenmerk da nicht zuletzt auf die Cybersecurity und sie fordert, dass die gesamtkantonale IT-Sicherheitsarchitektur gestärkt wird. Auch der Regierungsrat hat hier Handlungsbedarf erkannt. Er hat deswegen das Projekt Pharos, das die gesamtkantonale Informatik besser über alle Departemente hinweg abstimmen soll, erweitert um eben den Bereich IT-Security. Und dabei wird die heutige Organisation der Informationssicherheit überprüft und es wird auch konkrete Verbesserungsvorschläge geben. Die Massnahmen, die die GPK vorschlägt, sind Teil des Prüfauftrags.

Die GPK verlangt bei der Informationssicherheit auch, dass in der ganzen kantonalen Verwaltung für alle Anwendungen in der Kategorie erhöhter oder sehr hoher Schutzbedarf ein Konzept für Informationssicherheit und Datenschutz erarbeitet wird. Der Dateneigner soll die Einhaltung sicherstellen. Die Anwendung dieser Kategorie ist definiert, ebenso die Verantwortlichkeit bei der Durchführung der Schutzbedarfsanalyse. Sie ist dezentral und liegt beim Dateneigner. Der Regierungsrat hat also auch in diesem Fall bereits Verbesserungspotenzial festgestellt und auch hier soll das Projekt Pharos eben zeigen, wo noch Anpassungen nötig sind.

Dann hat die GPK, auch das ein übergeordnetes Thema, Forderungen zu unserem Jahresbericht. Sie verlangen, dass unser Jahresbericht auch auf Probleme eingeht, so nach dem Motto etwas weniger Public Relations und mehr Rechenschaft. Der Regierungsrat teilt diese Ansicht. Selbstverständlich soll der Jahresbericht des Regierungsrat ein realistisches Bild abgeben.



Wir wollen darin auch Probleme und Herausforderungen benennen und der Regierungsrat hat dies entsprechend auch vor einigen Jahren bereits in seine Abschlussweisung aufgenommen, übrigens bereits damals auf Inputs der GPK.

Dann fordert die GPK, dass der Regierungsrat im Jahresbericht zusätzliche Informationen im Projektportfolio aufnimmt. Wir haben diese Forderung bei uns im Jahresbericht für das letzte Jahr aufgenommen. Auch das ist ein Auftrag der GPK und der Regierungsrat ist eigentlich davon ausgegangen, dass er diesen Auftrag umgesetzt hat. Offenbar ist dem aber nicht so und hier ist es wahrscheinlich sinnvoll, wenn es vor dem nächsten Jahr frühzeitig einen Austausch gibt, damit die GPK die Informationen genau definieren kann, die sie konkret wünscht.

Dies nur zwei Schlaglichter auf einige der Themen, die im GPK-Bericht stehen und die der Präsident vorhin auch mündlich ausgeführt hat. Ich danke Ihnen für Ihre Kritik, für Ihre Anregungen, für Ihr waches Auge auf die Tätigkeit von Regierung und Verwaltung. Und ich danke nicht zuletzt auch dafür, dass Sie uns im Grossen und Ganzen doch auch eine ordentliche Arbeit bescheinigen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zu den Fraktionsvoten und da hat sich für die GLP Johannes Sieber gemeldet.

Johannes Sieber (GLP): Die Fraktion der Grünliberalen schliesst sich dem Dank an die Regierung, an die Verwaltung, an die Kleeblattorganisationen und alle anderen Involvierten an. Der Dank gilt auch der Geschäftsprüfungskommission, die ja bekanntlich die Aufgabe hat, staatliches Handeln hinsichtlich Angemessenheit, Berechenbarkeit, Effizienz, Kundenfreundlichkeit, Rechtmässigkeit und Transparenz zu prüfen und zu fördern. Wir sind überzeugt, dass diese Arbeit hinsichtlich dem Schaffen von Vertrauen der Öffentlichkeit in staatliche Institutionen wichtig ist. Weder ist dieses Vertrauen selbstverständlich noch hat es eine Regierung vorbehaltlos verdient, auch nicht unsere, die schweizweit bestimmt die Tabellenspitze belegt. Das wache Auge der GPK und die Gewissheit, dass Konflikte, Vorwürfe und der eine oder andere medial herbei geschriebene Skandal von einer grossrätlichen Aufsichtscommission und mit Hilfe von professionell aufgestellten Kleeblattorganisationen untersucht und falls nötig öffentlich kritisiert wird, schafft dieses Vertrauen. Bei der Veröffentlichung des GPK-Berichts interessieren vor allem die konkreten Empfehlungen und Forderungen der Kommission, sozusagen die handfeste Kritik an der regierungsrätlichen Arbeit. Tim Cuénod hat die wichtigsten Punkte dazu bereits ausgeführt.

Die Grünliberalen begrüssen die Empfehlungen und Forderungen der GPK. Wir unterstützen diese und sind überzeugt, dass sie seitens Regierung als hilfreiche Hinweise zur Verbesserung des kantonalen Handelns aufgenommen und umgesetzt werden. Wichtig sind aber auch die Untersuchungen, bei denen die Kommission feststellen konnte, dass die Regierung trotz anfänglicher Befürchtungen erwartungsgemäss gearbeitet hat. Die Anzahl der bearbeiteten Themen und der durchgeführten Hearings ist beachtlich. Wenn zudem beachtet wird, dass nur ein kleiner Teil der Verdachtsmomente überhaupt zu einem Hearing führt, lässt das die Tiefe der Auseinandersetzung seitens GPK mit der Arbeit der Regierung und der Verwaltung erahnen.

Für die Grünliberalen ist die Transparenz des staatlichen Handelns und die Transparenz ganz grell generell immer wieder ein Thema. Handelt der Kanton nachvollziehbar und tut er es transparent genug? Wir begrüssen deshalb, dass die GPK auch bei all den Themen auch die Frage der Transparenz immer wieder stellt und entsprechende Erwartungen formuliert. So erwartet die GPK beispielsweise eine Bilanzierung des-Legislaturplans 21 bis 25 und dass dabei insbesondere darauf eingegangen werden soll, welche der sechs Legislaturziele weshalb nicht erreicht und welche der 46 Massnahmen nicht oder nicht vollständig umgesetzt wurden. Wir denken, dass diese selbstkritische Form der Bilanzierung und des Reportings ganz grundsätzlich wünschenswert ist und Vertrauen schafft.

Wir empfinden den regierungsrätlichen Jahresbericht in der Grundnote als zu schönfärberisch. Zu viele positive Hauptereignisse, zu wenig Selbstkritik. Wir möchten daran erinnern, dass es hier nicht darum geht, ein Mäzenatentum in ihrem Engagement oder Grossaktionäre in ihrem Investment zu bestätigen. Es geht im Jahresbericht der Regierung auch darum aufzuzeigen, wo die Herausforderungen gross geblieben sind und sich Lösungen nicht ganz so einfach erweisen, wie angenommen und auch in diesem hohen Hause immer wieder behauptet wird. Wir wünschen uns eine Exekutive mit mehr Mut dazu zu stehen, wenn zur einen oder anderen Herausforderung noch keine Lösung auf dem Tisch liegt und dass sie dies im Jahresbericht festhält.

Die Fraktion der Grünliberalen appelliert an die Regierung, mittels grösstmöglicher Transparenz verstärkt Vertrauen in das behördliche Arbeiten zu schaffen. Ob dafür dann zusätzliche Informationen im Projektportfolio der richtige Weg ist, wie die GPK das fordert, dahinter setzen wir hingegen ein Fragezeichen. Für uns würde eine faktengetreue Ausfüllung der bestehenden Parameter in ebendiesem Projektportfolio genügen, doch scheint uns beim Lesen der Ausführung der GPK, dass hier auch unterschiedliche Vorstellungen in der Handhabung des Instruments vorliegen. Allenfalls wäre hier ein vertiefter Verständnisabgleich angezeigt.



Verständnisabgleich, auch das eine Massnahme der Transparenz. Ich fokussiere hier den Aspekt der Transparenz, weil wir denken, dass es eine der wichtigsten und auch eine der anspruchsvollsten Aufgaben des regierungsrätlichen Handelns ist, ständig aufs Neue Transparenz zu schaffen, zu entscheiden, wann welche Information kommuniziert werden soll und wie. Das gilt für die Zustände bezüglich der Personalsituation im Polizeikorps genauso wie für den Prozess bei der Vergabe von Kulturförderbeiträgen. Wir appellieren an die Regierung dieser Herausforderung weiterhin grosse Aufmerksamkeit zu widmen.

Kolleginnen meiner Fraktion werden sich bei den Departementen nochmals zu Wort melden, hier schon mal die Empfehlung, den Bericht der GPK zu genehmigen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich unterbreche an diesem Punkt die Sitzung. Wir fahren um 15 Uhr fort mit der Beratung des Berichts der GPK. Ich habe mir alle fünf Wortmeldungen notiert und werde sie in dieser Reihenfolge aufrufen, wenn Sie sich wieder registrieren.

Schluss der 21. Sitzung

11:59 Uhr